Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21308. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 45. Dienstag, 24. Februar 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 27. lfd. Mts. ab

1. auf Abschnitt 114—115 der
   grauen Nährmittelkarte I 125 gr Graupen,
   gelben „ I 75 gr Graupen,
2. auf Abschnitt 115 der
   roten Nährmittelkarte I 250 gr Kindergerstenmehl,
   grünen „ I 250 gr Kindergerstenmehl,
3. auf Abschnitt 95 der Warenbezugskarte III 2 Pakete **rote Grütze**, oder 1 Paket **rote Grütze** und 50 gr **Puddingpulver**, zusammen mit 150 gr **Kunsthonig.**

Die Entnahme hat bis spätestens 2. März 1920 zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

Graupen	71 Pfg.	für das Pfund,
Kindergerstenmehl	65 „	„ ½-Pfund-Paket,
rote Grütze	41 „	„ das Paket,
Puddingpulver	25 „	„ 50 gr,
Kunsthonig	150 „	„ das Pfund.

Die Abschnitte 114—115 der grauen, roten und grünen Nährmittelkarte I, sowie die Abschnitte 95 der gelben Warenbezugskarte III sind ungezählt und ungebündelt **bis spätestens den 4. März 1920** an die Unterverteilungsstelle einzureichen. Die Unterverteilungsstelle hat die Abschnitte gesammelt **bis spätestens den 6. März 1920** an die Amtshauptmannschaft einzusenden.

Die Abschnitte 114—115 der gelben Nährmittelkarte I sind direkt bis spätestens 4. März 1920 an Herrn Kommissionsrat Ernst Bilke in Riesa einzusenden. Dabei sind gleichzeitig die vorhandenen **Bestände an Suppen- und Roggenmehl** mit zu melden. **Bis zu diesem Zeitpunkte nicht gemeldete Restbestände werden bei eventl. Rücknahme nicht berücksichtigt.**

Die noch vorhandenen **Restbestände an Ackerbohnen, Tapiokamehl** können **frei** verkauft werden.

Das Tapiokamehl kann genau so wie anderes Mehl zur Herstellung von Mehlspeisen, zum Backen, zum Verdicken von Saucen verwendet werden.

Großenhain, am 24. Februar 1920.

108 a III. **Der Kommunalverband.**

Erhöhung der Gaspreise betr.

Da infolge erneuter außerordentlicher Steigerung der Kohlenpreise und Arbeitslöhne die Gestehungskosten des Gases sich ganz bedeutend erhöht haben, sieht sich der unterzeichnete Rat im Einverständnis mit dem Stadtverordneten-Kollegium genötigt, unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 29. November 1919 auf Grund von § 8 der Gasbezugsordnung für das städtische Gaswerk in Riesa folgendes zu bestimmen:

Vom 1. März 1920 ab wird der Bezugspreis für 1 cbm Gas (durch Gasmesser bezogen) auf 1 M. 20 Pfg., für Automatengas auf 1 M. 25 Pfg. erhöht.

Die neuen Preise gelten ohne Weiteres für alle Gasabnehmer, die nicht beim Eintritt der Preiserhöhung den Gasverbrauch einstellen und dies vorher, behufs Absperrung der Privatgasleitung der Gaswerksverwaltung schriftlich angezeigt haben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Februar 1920. Fnd.

Erhöhung der Wasserpreise.

Mit Rücksicht auf die außerordentlich gestiegenen Unterhaltungskosten für die Betriebsanlage und die fortgesetzten Steigerungen der Strompreise haben die städtischen Kollegien beschlossen, den in § 8 Absatz II der Wasserwerksordnung vom 16. Dezember 1895 festgesetzten Preis für 1 cbm Wasser ab 1. Januar 1920 auf 65 Pfg. zu erhöhen. Der Preis für Bauwasser und Wasser für gewerbliche Zwecke beträgt vom gleichen Zeitpunkt ab 60 Pfg. für den cbm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Februar 1920. Fnd.

Tuberkuloseberatungsstelle in Gröba betr.

Nachdem der Wohlfahrtspflegeverband Riesa die in Gröba bestehende Tuberkuloseberatungsstelle übernommen hat, wird bekannt gegeben, daß die Tuberkuloseberatungsstunden in Zukunft gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Holey-Gröba von der hiesigen Wohlfahrtspflegerin abgehalten werden.

Die Beratungsstunden finden statt:

am 2. und 4. Donnerstag im Monat nachm. von 3—4 Uhr in der Ortskrankenkasse zu Gröba.

Ein Entgelt ist für die Beratungsstunden nicht zu zahlen.

Die Beratungsstunden dürfen gleichzeitig von den Einwohnern der Gemeinden Weida, Merzdorf und Pochra aufgesucht werden.

Ueber die Aufgaben der Tuberkuloseberatungsstellen gibt ein Artikel im lokalen Teil dieses Blattes näheren Aufschluß.

Im Interesse der Hebung der Volksgesundheit wird eine rege Beteiligung an dieser Einrichtung anempfohlen.

Wohlfahrtsamt Riesa, am 20. Februar 1920. O.

Anmeldung der schulpflichtigen Kinder in Gröba.

Knaben: Donnerstag, den 4. März, nachmittag 2—4 Uhr,
Mädchen: Freitag, den 5. März.

Die Anmeldungen finden in der Expedition der Schule statt.

Beizubringen ist für **alle** Kinder der **Impfschein, für nicht in Gröba geborene außerdem Geburtsurkunde mit Taufbescheinigung oder Familienbuch.**

Kinder, die nach dem 30. Juni 1920 das 6. Lebensjahr vollenden, können Ostern 1920 nicht aufgenommen werden.

Die Anmeldung hat nur durch Erwachsene zu geschehen.

Zu weiteren Auskünften ist der Unterzeichnete gern bereit.

Gröba, den 23. Februar 1920.

Der Schulleiter.
Schuldirektor Börner.

Die Fuhrenleistungen einschl. Abfahren von Kohlen, Briketts usw. sollen vom 1. April 1920 ab vergeben werden. Die Bedingungen sind im Geschäftszimmer 10 einzusehen, wohin auch **Angebote bis 8. März 1920, vormittag 10 Uhr** postmäßig verschlossen und gebührenfrei einzureichen sind. **Reichsvermögensstelle Tr.-Pl. Zeithain.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 24. Februar 1920.

—* Sitzung des Schulausschusses. Aus der gestern abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Schulausschusses sei folgendes mitgeteilt: Angenommen wurde mit 10 gegen 9 Stimmen ein Antrag Geißler, dem in der vorigen Sitzung angenommenen Antrag Günther, betr. die Pflichtstundenzahl der Schulleiter, die Bestimmung anzufügen, daß hinsichtlich der vorhandenen Direktoren es bei den bestehenden Verhältnissen verbleiben soll. Die der Leitung der Mädchenschule beigegebene weibliche Schreibkraft sieht sich aus gesundheitlichen Gründen genötigt, den Posten aufzugeben. Der Schulausschuß beschloß, den städtischen Kollegien vorzuschlagen, an Stelle der weiblichen Schreibkraft einen Schulbeamten oder eine Schulbeamtin einzustellen, die Kenntnisse in Kurzschrift und Maschinenschreiben besitzen. Ferner soll die Schaffung einer neuen ständigen Lehrerstelle in Vorschlag gebracht werden. Der Vorsitzende brachte die nachstehenden Grundsätze betr. den 10stufigen Ausbau der allgemeinen Volksschule für Mädchen zur Verlesung. I. Grundsätzliche Bestimmungen. 1. Der Fortbildungskursus für junge Mädchen wird nach § 4 Abs. 6 so umgestaltet, daß er als 9. und 10. Schuljahr der allgemeinen Volksschule gilt. 2. Der Unterricht umfaßt alle Fächer der Sprachklassen bezw. der „höheren" Abteilung im Sinne des Uebergangsschulgesetzes, dazu englischen Anfangsunterricht und Kurzschrift, sowie Bürgerkunde, Haushaltungsunterricht, Buchführung, Erziehungslehre und Kinderpflege. II. Vorläufige und Uebergangsbestimmungen. 1. In den nächsten 4 Schuljahren werden in das 9. Schuljahr alle gut befähigten Mädchen nach 8jährigem Schulbesuche aufgenommen. 2. Für die Mädchen, die nicht die nötigen Vorkenntnisse in den fremden Sprachen mitbringen, wird englischer Anfangsunterricht mit 5 Stunden und Kurzschrift mit 1 Stunde als Ersatz angesetzt; an der Kurzschrift können die übrigen Schülerinnen wahlfrei teilnehmen. 3. Es sind anzusetzen folgende Stunden: Deutsch 4, Rechnen (Mathematik) 3, Realien 8, Zeichnen 2, Singen 1, Nadelarbeiten 2, Turnen 2, sodann für die eine Gruppe Französisch 3, Englisch 3, für die andere Gruppe Englisch 5, Kurzschrift 1. 4. Im 10. Schuljahre wird in den Rechenunterricht Buchführung eingegliedert; und innerhalb der 8 Realienstunden wird der Unterricht in Geschichte und Erdkunde für Bürgerkunde nutzbar gemacht und innerhalb der für die Naturkunde vorgesehenen Zeit Erziehungslehre, Kinderpflege und Haushaltungsunterricht eingefügt. Betr. Gestaltung der „höheren" Abteilung im Sinne des Uebergangsschulgesetzes. Betr. Haushaltungsunterricht. 1. Ab Ostern 1920 wird keine Klasse des 4. Schuljahres mehr gebildet, in der fremdsprachlicher Unterricht erteilt wird. 2. Die Klassen des Sprachenzuges für das 5. und 6. Schuljahr sind so einzurichten, daß auch am Schlusse des 6. Schuljahres noch Uebergang in eine höhere Schule möglich ist. 3. In allen Klassen des Sprachenzuges soll die Schülerzahl 30 nicht übersteigen. Der Schulausschuß nahm von diesen grundsätzlichen Bestimmungen Kenntnis. Es wurde hierauf die Beratung des Entwurfs zu einem 4. Nachtrag zur Ortsschulordnung fortgesetzt. Erwähnt sei ein Beschluß, den städtischen Kollegien vorzuschlagen, im Jahre 1920 (der genaue Zeitpunkt wird noch bestimmt) eine allgemeine Mädchenfortbildungsschule einzurichten. Die Mädchen, die Ostern 1920 ihre 8jährige Volksschulzeit beenden, sollen als fortbildungsschulpflichtig erklärt werden. Durch eine Anfrage beim Ministerium soll Klarheit darüber geschaffen werden, ob von auswärts hier in Pension gegebene Kinder die Grundstufen der hiesigen Volksschule besuchen dürfen. Nach Erledigung der Beratung des Nachtrags-Entwurfes wurde noch beschlossen, den städtischen Kollegien die Genehmigung eines Gesuches des Arbeiterturnvereins zu empfehlen, worin der Verein um Ueberlassung der Albertschulturnhalle an den Dienstagnachmittagen von 2 bis 4 Uhr zum Zwecke der Abhaltung von Kinderturnunterricht bittet. Das Gesuch erstreckt sich nur auf die Zeit bis Ostern. Ferner beschloß der Schulausschuß, die Aufstellung einer elektrischen Bogenlampe auf dem Turnplatz der Albertschule und die Herstellung eines Leitungsanschlusses für die Aufstellung eines Lichtbilder-Apparates in der Albertschule den städtischen Kollegien zu empfehlen.

—* Der Männergesangverein „Orpheus" hielt am Sonntag nachmittag im Hotel Höpfner die Feier seines 11. Stiftungsfestes ab. Die zahlreich Erschienenen fanden die Erwartungen voll befriedigt. Nicht nur die Solisten des Festes, Frln. Annamarie Land (Sopran), die Herren Seipt (Violine), Möbius (Cello), Herdler und Horst Krauße (Flügel) gaben ihr Bestes, für den „Orpheus" selbst war das Konzert unter der sicheren Leitung seines neuen Dirigenten, Herrn Horst Krauße, ein voller Erfolg. Dem Konzert folgte ein Ball bei regster Beteiligung und fröhlichster Stimmung.

—* Volkshochschulkurse. Die Kurse von Lehrer Günther fallen Mittwoch und Sonnabend dieser Woche aus. Der letzte Vortrag von Herrn Handelslehrer Heinze in Gröba findet erst am nächsten Dienstag statt. Die Vorträge in Riesa wie bisher

—* Verein für Volksbildung. Zu der Schauspielaufführung der Petrenzgesellschaft „Komtesse Gucker!" am nächsten Donnerstag erhalten unsere Mitglieder gegen Abgabe eines Gutscheines auf allen Plätzen (außer Balcon) in Buchdruckerei von Abendroth 1 Mark Ermäßigung.

—* Der Pflegeausschuß für den Wohlfahrtspflegebezirk Großenhain-Land beschäftigte sich in der kürzlich unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Geheimen Regierungsrat Dr. Uhlemann stattgefundenen Sitzung in der Hauptsache mit den zur Durchführung der Wohlfahrtspflege im Bezirk erforderlichen organisatorischen und finanziellen Maßnahmen. Insbesondere wurde der Haushaltplan für das erste Vierteljahr 1920 — das neue Geschäftsjahr beginnt dann am 1. 4. 20 — durchberaten, und die besonders für die Tuberkulosefürsorge erforderlichen Mittel angefordert. Die Gehalts- usw. Verhältnisse der beiden Bezirkspflegerinnen wurden geregelt und zur Erleichterung des Frauenvereins auf dem Lande die Anschaffung eines Fahrrades bewilligt. Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wurden Besprechungen mit den in der freiwilligen Liebestätigkeit bewährten Mitgliedern der Ortsgruppe der V. f. W. nur der örtliche Frauenverein in den verschiedenen Teilen des Bezirks in Aussicht genommen, um den Bezirkspflegerinnen die Wege zu ebnen und eine Stelle zu schaffen, an die sie sich draußen um Unterstützung wenden können.

— Zu der Einsendung „Der 10stufige Ausbau der Mädchenschule" wird uns folgendes zur Klärung geschrieben: 1. Zu gleicher Zeit, als gestern die Zeilen unter dieser Ueberschrift erschienen, beschloß der Schulausschuß — selbstverständlich wie bei allen seinen Beschlüssen unter dem Vorbehalte, daß die andern städtischen Körperschaften zustimmen — die Einrichtung der Mädchenpflichtfortbildungsschule noch in diesem Kalenderjahre. 2. Der 10stufige Ausbau der Mädchenschule ist einmütig beschlossen worden, und es wird sich wohl auch kein schwerwiegendes Bedenken dagegen erheben lassen. Aus dem Wortlaut der Veröffentlichung am 19. ds. Mts. geht hervor, daß eine gleiche Maßnahme für die Knabenschule erst dann ausdrücklich beschlossen werden muß, wenn sie sich als wünschenswert erweisen sollte. Daß sie gegenwärtig nicht geplant ist, beweist die Form des Beschlusses. Eine Gefährdung der Oberrealschule und eine Beeinträchtigung der Entwicklung des Berufsschulwesens ist also in keiner Weise zu befürchten. Es steht wohl zu hoffen, daß diese Zeilen zur Beruhigung führen werden.

—* Neuer Fahrplan. In Rücksicht auf die zahlreichen Aenderungen, die in den letzten Monaten im Fahrplane eingetreten sind, wird die sächsische Staatsbahnverwaltung den Aushangfahrplan und den Taschenfahrplan mit Gültigkeit ab 1. März neu herausgeben. Gleichzeitig werden auch einige Fahrplanänderungen mit eingeführt. Die neuen Fahrpläne enthalten jedoch nur den Werktagsverkehr. Die an Sonntagen verkehrenden Züge werden wie bisher durch besondere Anschläge bekanntgemacht; bis auf weiteres verkehren nur die seit 15. Februar eingelegten Züge. Der Preis des Taschenfahrplanes beträgt 80 Pfg. Er wird auf den Stationen und im Buchhandel voraussichtlich vom 28. Februar an käuflich sein.

—* Wegfall der diesjährigen Osterprüfungen an den höheren Schulen. Das sächsische Unterrichtsministerium will in Betracht der mehrfachen Störungen des Unterrichtsbetriebes im laufenden Schuljahre geschehen lassen, daß die diesjährigen Osterprüfungen an den höheren Schulen wegfallen.

—* Wiederaufnahme des Schnellzugsverkehrs Wien—Berlin über Dresden. Die österreichische Staatsbahnverwaltung läßt die Schnellzüge 1 und 2 zwischen Wien und Gmünd von jetzt ab wieder dreimal wöchentlich verkehren. Damit wird die Wien-Berliner Schnellzugsverbindung über Dresden wieder hergestellt. Die Züge verkehren Montags, Donnerstags und Sonnabends und zwar ab Wien 7 Uhr vorm., an Dresden Hauptbahnhof 7 Uhr 29 Min. nachm., ab Dresden 11 Uhr 35 Min. vorm., an Wien 1[illegible] Uhr 10 Min. nachm.

SLUB
Wir führen Wissen.

—* **Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung.** Die Tuberkulose ist eine ansteckende Krankheit. Sie wird hauptsächlich beim Sprechen, Husten und Küssen übertragen. Es vergehen aber bei der tuberkulösen Ansteckung oft Jahre, bis das Leiden zum Ausbruch kommt. Wie soll man sich nun verhalten, wenn ein Glied einer Familie durch Mattigkeit, Abmagerung, Husten oder Nachtschweiß krankheitsverdächtig erscheint? Die betreffende Person muß sofort einen Arzt oder die Beratungsstunde aufsuchen, denn nur im Anfang ist die Krankheit heilbar. Ist der Patient als lungenkrank erkannt, so müssen sofort Schritte zu seiner Heilung einsetzen. Er muß stets daran denken, daß er seine Familie gefährdet. Aufklärung, Beratung und Hilfe wird ihm nun in der Tuberkulose-Beratungsstelle in folgender Weise zu teil: 1. Ist der Patient als krank befunden, so werden ihm für die nächsten 14 Tage Nährmittel eingehändigt, bis die vom Arzt verordneten Karten eintreffen. 2. Mit Hilfe der Versicherungen, Kassen oder des Wohlfahrtspflegeverbandes wird versucht, ihn in eine Heilanstalt zu bringen. 3. Betten, Liegestühle und Spei-Gläser werden verliehen, um die Umgebung möglichst wenig zu gefährden und dem Kranken Gelegenheit zu geben, schon zu Hause die Liegekur zu beginnen. 4. Die Angehörigen (besonders die Kinder) werden von Zeit zu Zeit regelmäßig und kostenlos untersucht, um eine ev. Erkrankung im Anfange feststellen und durch Soolbäder, Höhensonne oder sonstige geeignete Maßnahmen dagegen zu wirken. Wo und wann das Wohlfahrtsamt Riesa Beratungsstunden für tuberkulos Erkrankte in Gröba abhält, ist aus der Bekanntmachung in vorliegendem Blatt zu ersehen. In Riesa vermittelt, solange die Beratungsstelle noch nicht ganz eingerichtet ist, die Bezirkspflegerin in ihren Sprechstunden auf hiesigem Rathause, Zimmer Nr. 11a, Rat und Hilfe.

—* **Handelskammertagung.** Bei der letzten Zusammenkunft der sächsischen Handelskammern in Dresden wurde u. a. Stellung genommen zu der Frage der Entsendung der Arbeitgebervertreter aus der Industrie in den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat. Die Versammlung sprach sich nachdrücklich für die Aufrechterhaltung des früheren Anregungen der sächsischen Handelskammern entsprechenden Entwurfs des Reichsrates aus, wonach die Arbeitgebervertreter der Industrie je zur Hälfte von dem Reichsverband der deutschen Industrie und dem Deutschen Industrie- und Handelstag ernannt werden. Sie sprach den dringenden Wunsch aus, daß zwischen diesen beiden Körperschaften baldigst eine Verständigung in dieser Angelegenheit erzielt werde. Weiter befaßte man sich mit den Anregungen auf Erhöhung der gerichtlichen Gebühren für Zeugen und Sachverständige. Es wurde beschlossen, angesichts des Schwankens des Geldwertes keine festen Sätze zu empfehlen, vielmehr soll vorgeschlagen werden, den Sachverständigen für ihre Leistungen die übliche, und mangels einer solchen eine angemessene Vergütung zu gewähren und für Teilnahme an Terminen bis zu 10 Mk. für jede Stunde zu zahlen. Damit Kohlen für künstliche Beleuchtung gespart und zu Gunsten einer besseren Beschäftigung der Industrie freigemacht werden, wurde beschlossen, die Wiedereinführung der Sommerzeit nachdrücklichst zu befürworten. Die seit langem beratenen Bestimmungen für die Vereidigung und öffentliche Bestellung von Bücherrevisoren wurden endgültig verabschiedet. Sie werden nunmehr dem Wirtschaftsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden. Schließlich wurde einer Aufforderung des Wirtschaftsministeriums entsprechend beschlossen, mehrere Vertreter der sächsischen Handelskammern zu den für Anfang März in Aussicht genommenen mehrtägigen Verhandlungen des sächsischen Landesschulausschusses abzuordnen.

—* **Sächsischer Gewerbekammertag.** Am 16. und 17. Februar 1920 fand in dem Verwaltungsgebäude der Dresdner Gewerbekammer eine gemeinsame Tagung der sächsischen Gewerbekammern statt, auf der unter anderem beschlossen wurde, gegen den Beschluß der Volkskammer, betreffend Ausschaltung des Zwischenhandels bei der Lebensmittelverteilung, Protest zu erheben mit dem Hinweise, daß die Durchführung dieses Beschlusses den Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft herbeiführen und den wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes verhindern würde. Ferner beschloß der Kammertag, dahin vorstellig zu werden, daß die in § 9, Absatz 3 und 4 des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 enthaltenen Bestimmungen über die Wahl eines Schulleiters auf 3 Jahre auf die Fortbildungsschulen keine Anwendung finden, um die gleichmäßige Fortentwickelung dieser Schulen unter eingearbeiteten Schulleitern nicht zu gefährden, und daß die Vertreter der Berufsvereinigungen für den zu bildenden Fortbildungsschulbeirat nicht von den bürgerlichen Gemeindevertretungen, sondern durch die Berufsvereinigungen selbst gewählt werden und somit den beteiligten Kreisen aus Handel, Gewerbe und Kleinhandel die Möglichkeit geboten wird, ihre Vertreter selbst zu bestimmen. Zur Belebung der Bautätigkeit beschloß der Kammertag, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß das Bauen durch entsprechende Gestaltung der neuen Reichssteuergesetze erleichtert wird, indem den Ausführenden von Nutzbauten gestattet wird, die Ueberteuerungskosten gegen den Friedenspreis in jährlichen Raten auf einem besonderen Konto zu tilgen, das der Besteuerung nicht unterliegt. Endlich beschlossen die Gewerbekammern, beim Wirtschaftsministerium dahin vorstellig zu werden, daß das gewerbliche Schulwesen nicht dem Kultusministerium unterstellt wird, sondern auch weiterhin beim Wirtschaftsministerium verbleibt.

—* **Die Erhöhung der Personenfahrpreise.** Vom 1. März 1920 an werden die Personenfahrpreise (einschl. der Preise für Zeitkarten aller Art und Hundekarten) sowie die Gepäck-, Leichen- und Expreßgutfrachten um 100 v. H. erhöht. Der Neudruck oder die handschriftliche Aenderung von gewöhnlichen Fahrkarten ist im allgemeinen ausgeschlossen. Die neuen Fahrpreise werden nur auf den Monatskarten, Monatsnebenkarten, Halbmonatskarten, Schüler- und Schülernebenkarten sowie auf den Fahrradzeitkarten und geldwerten Gepäckscheinen aufgebracht. Außerdem wird in die zu schreibenden Fahrkarten (Blankokarten) ebenfalls der neue Fahrpreis eingetragen. Alle übrigen Fahrkartensorten (vorläufig mit Ausnahme der Militärfahrkarten) müssen ohne Aenderung des bisherigen Preises zum doppelten Wert des jetzigen Preises ausgegeben werden. Nach Aufbrauch dieser Karten werden neue geliefert, denen der erhöhte Fahrpreis aufgedruckt wird; zur Unterscheidung von den Fahrkarten, die zum doppelten Wert des jetzigen Preises ausgegeben werden, erhalten diese Fahrkarten unter dem Preis einen starken schwarzen Strich als besonderes Kennzeichen. Die Verdoppelung des Preises betrifft auch die Bahnsteigkarten, die künftig 0,40 Mk. kosten, und die Gebühr für Hinterlegung von Handgepäck, die künftig 0,60 Mk. für die beiden ersten Tage und 0,60 Mk. für jeden folgenden Tag beträgt. Um die Belastung der Schalter durch Reisende zu vermeiden, die sich nur nach den Fahrpreisen erkundigen, werden auf allen sächsischen Stationen wieder Fahrpreistafeln ausgehängt, aus denen die Fahrpreise für die gangbarsten Fahrkartensorten zu ersehen sind. Die Reise (bei Doppelkarten und „Rückf."-Karten auch die Rückreise) muß in allen Fällen am ersten Geltungstage angetreten werden.

* **Röderau.** Der Gewerbeverein veranstaltet auf vielseitiges Verlangen am Bußtag eine nochmalige Aufführung des am 1. Weihnachtsfeiertage gegebenen Theaterstückes (siehe Anzeigenteil vorliegender Nummer). Es sei darauf hingewiesen, daß es sich um ein ernstes Stück handelt. Der Reinertrag fließt dem Denkmal-Fonds gefallener Krieger zu. Schon der guten Sache halber ist ein Besuch zu empfehlen.

* **Gohlis.** Am vergangenen Sonntag hielt der Gesangverein „Gemütlichkeit" seine 39. Generalversammlung im Gasthaus zum goldnen Schiff in Kleinzschepa ab. Der schon fast 25 Jahre als Vorsteher des Vereins tätige Herr Wilhelm Ritsche wurde einstimmig auf Lebenszeit zum Vorsteher gewählt. Der Verein wollte ihm damit zum Ausdruck bringen, wie vorzüglich er sein Amt verwaltet hat.

* **Seerhausen.** In einer von ungefähr 150 Teilnehmern besuchten Elternversammlung hielt Herr Lehrer Baumann aus Riesa einen recht anschaulichen und fesselnden Vortrag über das Thema: „Wie wird in der weltlichen Schule die sittliche Erziehung unsrer Kinder sicher gestellt?" Einstimmig wurde in der sich anschließenden Aussprache folgende Entschließung angenommen: „Die am 22. Febr. 1920 im Gasthof zu Seerhausen versammelten Eltern fordern die weltliche Schule und schenken den Lehrern das Vertrauen, daß sie auch in dieser die Kinder zu sittlich tüchtigen Menschen erziehen. Die weltliche Schule muß auf jede Beeinflussung im Sinne eines Bekenntnisses verzichten."

* **Dresden.** Unter dem Verdacht des Mädchenhandels wurde ein in Niederlößnitz wohnender Hauslehrer, der auch an der Hotelfachschule unterrichtet, verhaftet. Er soll verschiedenen Mädchen in den Lößnitz-Ortschaften, besonders hübsche Erscheinungen, versprochen haben, er werde ihnen gute Stellung im Ausland, namentlich Holland, verschaffen.

Bautzen. Die städtischen Kollegien beschlossen die Errichtung einer Mädchen-Handelsschule. Sie soll zunächst einklassig, bei Bedarf aber auch zweiklassig sein und der städtischen Handelsschule angegliedert werden.

Freiberg. Wie der „Freiberger Anz." vernimmt, sind vom Stadtrat die Mandate derjenigen Abgeordneten, die, durch Listen der Mehrheitssozialisten gewählt, zu den Unabhängigen übergetreten sind, als ungültig beanstandet worden. Die Entscheidung liegt bei der Kreishauptmannschaft.

Plauen i. V. Die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe hat die Pulverfabrik Plauen für 60 Millionen Mark an das Reichsverkehrsministerium abgetreten. Es handelt sich um eine Anlage, deren Größe dadurch gekennzeichnet wird, daß mit ihr 18 Kilometer Eisenbahngleise und 50 Kilometer Straßen verbunden sind. Die künftige Reichseisenbahn will dort eine Wagenreparaturwerkstelle in großem Stile errichten. — Ein Teil der Reichswehrtruppen hat, nachdem sich ihre Aufgaben erledigt, Sonnabend vormittag Plauen verlassen, um in die Garnison zurückzukehren. Der Rest verbleibt bis auf weiteres noch hier.

* **Leipzig.** Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird, einer Einladung des Meßamtes folgend, die allgemeine Mustermesse in Leipzig besuchen. Sein Besuch ist auf Montag, den 1. März festgesetzt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein Gesetz „Ueber die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage" ist jetzt dem Reichsrat von den Reichsministern der Justiz und des Innern zugegangen. § 1 lautet: „Innerhalb des befriedeten Bannkreises des Reichstagsgebäudes, solange der Reichstag oder ein Ausschuß des Reichstages versammelt ist, sind Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht gestattet. Entsprechendes gilt für die Gebäude der Landtage. Ausnahmen können für das Reichstagsgebäude von der Reichsregierung, für die Gebäude der Landtage von den Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages zugelassen werden."

Die Deutsche Sparprämienanleihe 1919 wurde gestern zum ersten Male mit 94,40 Proz. amtl. notiert. Wie bekannt, waren von den Zeichnern für 1000 M. deutsche Sparprämienanleihe 500 M. in 5 Prozent deutscher Reichsanleihe berechnet zum Nennwerte und 500 M. in bar zu entrichten. Da dieselbe Kriegsanleihe zurzeit der Zeichnung 75,50 notierte, entsprach der tatsächliche Wert eines Sparprämienstückes einem Betrage von 887,50 M. Im freien Verkehr wurde sie mit 80 für 100 M. und neuerdings sogar mit 89,75 gehandelt. Durch diese Preisbildung und durch die heutige amtliche Notierung von 90,40 ist mithin der Zeichnungspreis bereits überschritten.

Die Verhandlungen über Groß-Thüringen. Voraussichtlich werden im Laufe der nächsten Woche in Berlin Verhandlungen beginnen zwischen einer Kommission von Großthüringen und dem Reiche, über die Bildung des Gesamtstaates Thüringen, zu dessen Zustandekommen nach Art. 18 der Reichsverfassung ein besonderes Reichsgesetz ergehen muß. Gleichzeitig sollen Verhandlungen mit Preußen geführt werden über etwaige Gebietsabtretung und evtl. über Abschließung einer Verwaltungs- und Wirtschaftsgemeinschaft.

Amerika.

Annahme der Eisenbahngesetzvorlage. Das Repräsentantenhaus hat die Eisenbahngesetzesvorlage mit Kompromißanträgen nach vierstündiger Debatte angenommen. — Die Vertreter der Eisenbahner, die kürzlich mit Wilson eine Besprechung hatten, haben dem Präsidenten ein Gesuch zugestellt, in dem gegen die Annahme der Eisenbahngesetzesvorlage protestiert wird.

Eine wahre Kriminalhumoreske,

wie sie von einem gewandten Komödienschreiber kaum besser erdacht werden kann, hat sich, so berichtet die „Zittauer Morgenzeitung", kürzlich in Zittau zugetragen. Von der in Großenhain stationierten, den Baltikumtruppen angehörenden Fliegerabteilung 426 war der Vizefeldwebel Gahler mit 7300 Mark veruntreuter Dienstgelder verschwunden. Er hatte sich nach Zittau begeben, wo er von der hiesigen Kriminalpolizei in einer Gastwirtschaft verhaftet wurde. In kaum zwei Tagen hatte er es fertiggebracht, das veruntreute Geld bis auf 2300 Mark in leichtsinniger Gesellschaft zu verprassen. Die Polizei wollte er glauben machen, daß er das Geld nicht vertan, sondern in der Nähe von Oberullersdorf an der Grenze vergraben habe. Da sich indessen herausgestellt hatte, daß Gahler Tscheche war, so lag nahe, daß er nur Gelegenheit finden wollte, an die Grenze zu kommen und gegebenenfalls ins Böhmische zu entfliehen. Die Polizei ging auf die Angaben des Verhafteten nicht weiter ein und übergab ihn der Militärbehörde, von der dann die Angaben nachgeprüft wurden. Doch fand der Verhaftete selbstverständlich die Stelle nicht, wo er angeblich das Geld vergraben hatte. Nun war aber von Großenhain ein Gefreiter Herbrig, der in der Schreibstube der Fliegerabteilung beschäftigt war, nach Zittau gekommen, um das noch gerettete Geld abzuholen. Nachdem er sich ausgewiesen hatte, wurden ihm auch die 2300 Mark gegen Quittung ausgehändigt; doch hielt er es offenbar nicht für so dringend nötig, es rechtmäßig abzuliefern, vielmehr wurde er mit dem Gelde sofort flüchtig. Inzwischen kamen von der Fliegerabteilung zwei Personen, darunter ein Vizefeldwebel, nach Zittau, um den verhafteten Gahler per Bahn nach Dresden zu transportieren. Die Fahrt ging über Warnsdorf, also über tschecho-slowakisches Gebiet. Auf dem Bahnhof in Warnsdorf redete nun Gahler seinen Begleitern ein, er müsse aussteigen, um für seinen Hauptmann noch etwas zu erledigen. Er habe u. a. einen Brief abzugeben. Die Begleiter aber glaubten, ganz schlau zu sein, indem sie mit dem Verhafteten aussteigen, um ihn immer im Auge zu behalten. Doch der gerissene Gauner war noch etwas schlauer. Er

wendete sich sofort in tschechischer Sprache an einen tschecho-slowakischen Wachposten, der ihn — offenbar pflichtgemäß — den verblüfften Begleitern gegenüber sofort für verhaftet erklärte. Die beiden Begleiter protestierten heftig, das half aber auf tschecho-slowakischem Boden natürlich nichts. Es drohte beiden vielmehr ebenfalls die Verhaftung und so mußten sie sich denn schleunigst ohne ihren Gefangenen in den exterritorialen bezw. sächsischen Bahnwagen flüchten.... Und den Gefangenen sah man niemals wieder. — Was aus dem geriebenen Gauner geworden ist, darüber braucht man sich wohl keinem großen Zweifel hinzugeben. Der tschechische Wachposten wird die Verhaftung des tschechisch sprechenden Landsmanns nicht lange aufrechterhalten haben. Bemerkenswert ist übrigens, daß auch der Vizefeldwebel, der den Gefangenen abtransportieren sollte, böhmischer Herkunft ist. Man braucht hier keinen Zusammenhang zu konstruieren, aber man darf wohl der Meinung Ausdruck geben, daß hier manches nicht in Ordnung gewesen ist und daß es schon richtiger gewesen wäre, mit der ganzen Angelegenheit geschulte Polizeibeamte zu befassen, die wahrscheinlich nicht so schnell auf den hübschen Gaunertrick hineingefallen wären.

Amtliches zur Auslieferungsfrage.

„Wolffs Sächs. Landesdienst" berichtet: Die Familie des Kirchenbuchführers Z. in Dresden hat folgenden Brief eines Franzosen erhalten:

Den 7. Dezember 1919.

Mein Herr! Die Verhältnisse zwingen mich, Ihnen einige Tatsachen mitzuteilen, die auf Bäume steigen. Der Bache ist hier in L. vogelfrei. Man knallt hier auf den Straßen, wenn man eines entwichenen P. G. (Kriegsgefangenen) ansichtig wird. Ich berichte, wie ich es nach den eingezogenen Erkundigungen — soweit das möglich ist für meine Person — erfahren habe. Die ganze Bache lief nach einem P. G., der abends die Stadt passierte, acht Schuß fielen, keiner traf, man faßte ihn doch und ließ seine Wut aus, indem man seinen Schädel mit Steinen bearbeitete. Der Sanitäter P. G. mußte ihn verbinden, dann kam er ins Lazarett.

Doch was geschah am 2. Dezember! Im deutschen Lazarett sind drei deutsche Aerzte stationiert. Der eine, ein Assistenzarzt aus Dresden in Sachsen, namens Juleger, war kränklich und wohnte im französischen Hospitale. Er hatte die schriftliche Permission (Erlaubnis), im Lazarettgarten in der Nähe des Friedhofes, spazieren zu gehen. Täglich ging er dort nachmittags von 2—3 Uhr spazieren. Am 1. Dezember kamen zwei Korporäle von der Bewachung der hier stationierten P. G.-Kompagnie und fragten ihn, warum er spazieren gehe außerhalb des Hospitals. Der Arzt gibt ihnen zur Antwort, daß er schriftliche Erlaubnis habe. Sie glaubens nicht und man geht zum französischen Bureau, wo der französische Chefarzt den Korporälen mitteilt, daß der Arzt P. G. im Rechte ist. Anderntags nachmittags 2 Uhr wird der Arzt auf seinem gewohnten Spaziergang im Garten aus dem Hinterhalte erschossen.

Vorgang: Ungefähr 300 Meter vom Tatorte entfernt ist ein Teil des Güterbahnhof-Rais, wo auch kleine Abteilungen P. G. arbeiten, die von Posten bewacht werden. Am Vormittag des 2. Dezember kommen die zwei Korporäle auf den Bahnhof und sprachen mit den dortigen Posten und weisen und zeigen nach dem Garten des Hospitals. Die P. G. haben alles beobachtet, nicht viel darauf gegeben. Nachmittags kurz nach 2 Uhr wirft sich der Posten auf das Geleise, legt an und schießt hinüber nach dem Garten. Augenblicklich danach fällt der zweite Schuß. Befriedigt steht der Posten auf. Die P. G. wissen jetzt, was geschehen ist, sie kennen den täglichen Spaziergang des Arztes. Der liegt mit Brustschuß tot am Boden. Zwei ganz in der Nähe, auch im Garten beschäftigte Klosterschwestern springen hinzu; auch ein P. G.... Die ausgefragten P. G. und auch einiges Zivil nehmen beauftragten und bezahlten Auftrag — Mord an, da es nicht Aufgabe des Postens war, den weit entfernten Garten, sondern die arbeitenden P. G. zu beaufsichtigen. Auch gab es keine Warnung und so fort. Was mögen die Angehörigen über den Tod des Ermordeten erfahren haben? Dieser Fall hat viel Aehnlichkeit mit dem von Manheim in Berlin. Die Angehörigen müssen den Fall verfolgen — Meldung bei der Regierung und so fort. Wollen Sie bitte die Angehörigen direkt oder durch Zeitungsmeldung benachrichtigen, denn das Verhalten der Postenkompagnie ist nicht mehr zu ertragen, auch weil die Zivilbevölkerung beeinträchtigt wird, die sich nicht darüber beschwert.

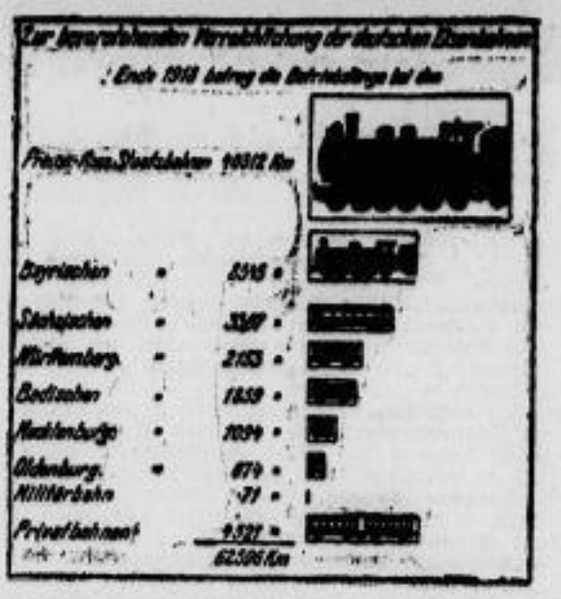
Empfangen Sie die Versicherung meiner Hochachtung und meines Dankes Ihr X.

Der Brief selbst ist anonym. Der mit Namen genannte Vermittler, ein ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, ist aber bereit, den Namen des Absenders zu nennen, sobald alle unsere Kriegsgefangenen zurückgekehrt und vor welcher Rachsucht geborgen sind.

Eines Kommentars bedarf der Bericht nicht. Und dieses Volk, dem der Meuchelmord an einem wehrlosen Kriegsgefangenen wie ein selbstverständliches Geschäft von der Hand geht, wirft sich zum Richter auf über deutsche Krieger und ihre Taten.

Literarisches.

Betriebsrätegesetz. Das von der Nationalversammlung angenommene und am 4. Februar veröffentlichte Betriebsrätegesetz ist für die Industrie von einschneidender Wirkung und deshalb liegt es im Interesse eines jeden Arbeitgebers, über die vielseitigen Bestimmungen des umfangreichen Gesetzes sich eingehend zu informieren. Diesem Bedürfnis zu entsprechen hat die Firma B. G. Teubner in Dresden eine Ausgabe des Gesetzes nebst der dazu gehörigen Wahlordnung herstellen lassen und versendet dieselbe zum Preise von M. 2,50. Auch sind daselbst die zur Vornahme der Wahlen benötigten Wahlformulare erhältlich.



Die Frauen in den deutschen Parlamenten.

Herausgegeben von Gertrud Drache.

Die „Frauenfachschule" bringt folgende interessante Zusammenstellung:

Die bisherigen Neuwalen zu den Parlamenten des Reichs und der Einzelstaaten haben zum ersten Male Frauen in die deutschen Volksvertretungen entsandt. Insgesamt befinden sich in den deutschen Parlamenten 155 Frauen. Es sind

in der Nationalversammlung . .	unt. 421	Abg.	38	Frauen
in der preußischen Landesversammlung	„ 402	„	21	„
im bayerischen Landtag	„ 180	„	7	„
in der Sächsischen Landesversammlung	„ 96	„	3	„
in der württemb. Landesversammlung	„ 150	„	13	„
in der badischen Landesversammlung	„ 107	„	9	„
in der hessischen Volkskammer . . .	„ 70	„	5	„
in der Mekl.-Schweriner Landesversfg.	„ 64	„	1	Frau
in der Mecklenburg.-Strelitzer Landesversfg.	„ 42	„	1	„
in d. Sachs.-Weimar-Eis. Landesversfg.	„ 40	„	3	Frauen
in der Braunschw. Landesversammlung	„ 60	„	1	Frau
in der Sachsen-Altenbg. Landesversfg.	„ 40	„	3	Frauen
in der Gothaer Landesversammlung	„ 19	„	2	„
im Volksrat Reuß Aeltere Linie . . .	„ 15	„	1	Frau
im Volksrat Reuß Jüngere Linie . . .	„ 21	„	3	Frauen
in der Landesversfg. Schaumburg-Lippe	„ 15	„	1	Frau
im Landtag Lippe-Detmold	„ 21	„	1	„
in der Hamburger Bürgerschaft	„ 134	„	17	Frauen
in der Bremer Bürgerschaft	„ 200	„	16	„
in der Lübecker Bürgerschaft	„ 80	„	7	„

Keine weiblichen Abgeordneten haben die Volksvertretungen der Landesversammlungen Oldenburg (39 Abgeordnete), Sachsen-Meiningen (24 Abgeordnete), Sachsen-Koburg-Gotha (11 Abgeordnete), Anhalt (32 Abgeordnete), Schwarzburg-Rudolstadt (17 Abgeordnete), Schwarzburg-Sondershausen (18 Abgeordnete) und Waldeck-Pyrmont (21 Abgeordnete).

Von den weiblichen Abgeordneten in den deutschen Parlamenten gehören an: der Deutschnationalen Volkspartei 9, der deutschen Volkspartei 5, der Christlichen Volkspartei 19, der Deutschdemokratischen Partei 37, der Sozialdemokratischen Partei 64, den Unabhängigen 18, der Kommunistischen Partei 2, der Bayerischen Volkspartei 3, den Landeswahlverbänden 3. Im ganzen gibt es derzeit in den Volksvertretungen des Deutschen Reiches 155 weibliche Abgeordnete. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im Deutschen Reiche beträgt 2339; die Frauen sind also unter den gewählten deutschen Abgeordneten zu 6,6 v. H. aller Abgeordneten vertreten, oder es entfallen nach einer anderen Berechnung auf je 100 männliche Abgeordnete 7 weibliche. Von den 155 deutschen weiblichen Abgeordneten entfallen auf die Deutschnationale Volkspartei 5,8 v. H., die Deutsche Volkspartei 3,2 v. H., die Christliche Volkspartei 12,3 v. H., die Deutschdemokratische Partei 23,5 v. H., die Sozialdemokratische Partei 41,3 v. H. und auf die Unabhängigen 8,4 v. H.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. Februar 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

)(**Berlin.** Ueber die jüngste Entwicklung der Militärverwaltung in den Rheinlanden und der dadurch hervorgerufenen zugespitzten Lage veröffentlicht der „Manchester Guardian", eines der wenigen englischen Blätter, die, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, während des Krieges auch dem Feinde gegenüber Gerechtigkeit zu üben bemüht waren, einen ihm aus seinem Leserkreis zugegangenen Brief, von dem die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meint, daß das in ihm enthaltene Bekenntnis eines Engländers im Auslande Aufsehen erregen werde. Nicht, als ob uns etwas Neues gesagt würde; wir wüßten, daß das Rheinlandabkommen nicht nur nicht mit der Milde ausgelegt werde, die im Interesse der Anbahnung der Völkerversöhnung nach vollzogenem Frieden angezeigt wäre, sondern daß selbst bei buchstäblicher Anwendung der Vorschriften zahlreiche Bestimmungen der fünf Ordonnanzen jeder Rechtsgrundlage entbehrten. — Aus dem annektierten Westpreußen berichtet das Mitglied der Nationalversammlung Frau Dr. Käthe Schirmacher im „Lokalanzeiger" über polnische Uebergriffe gegen Personen und Eigentum. — Der Magistrat der Stadt Schneidemühl teilt der „Vossischen Zeitung" mit, daß in weiten Kreisen des Deutschen Reiches die Ansicht verbreitet sei, daß die Stadt Schneidemühl zu Polen gehöre; aus diesem Grunde würden viele Geschäftsgüter nach Schneidemühl nicht verladen. Die Stadt sei und bleibe eine Stadt des Deutschen Reiches. — In München wurde gestern eine Entschließung angenommen, in der es sich um die größten Schiffahrtsstraßen des Deutschen Reiches handelt, durch deren Ausbau auch große Mengen Kraftstrom erzeugt werden können. Dem bayrischen Landtag geht heute ein Gesetzentwurf zu, der für die Maintalkanalisation von Aschaffenburg bis Würzburg und für die Donaukanalisation von Regensburg bis Passau als erste Rate den Betrag von 75 bezw. 52 Millionen Mark vorsieht. — Ueber weitere Schließungen von Zigarettenfabriken berichtet der „Vorwärts": Die Ortsgruppe Hessen und Hessen-Nassau des Arbeitgeberverbandes der Zigarettenfabrikanten, der die in Frankfurt am Main, Wiesbaden und Offenbach gelegenen Zigarettenfabriken angehören, hat beschlossen, sich mit den Berliner, Dresdner und anderen Zigarettenfabriken solidarisch zu erklären und ihren gesamten Arbeitern und Angestellten wegen der hohen Steuern auf Zigaretten zu Ende März zu kündigen.

Die erste Aufgabe des Gerichtshofes in Leipzig.

)(**Paris.** (Havas.) „Times" hatte gemeldet, daß die Alliierten sich darüber einig seien, die Verurteilung von fünf deutschen Persönlichkeiten, die der Verletzung der Kriegsgesetze beschuldigt werden, durch den Gerichtshof in Leipzig zu verlangen, um sich von dem guten Willen der deutschen Regierung zu überzeugen. Hierzu ist zu bemerken, daß dies nur ein Vorschlag ist, der noch durch die auf der Londoner Konferenz vertretenen Staaten gutgeheißen werden muß. Die Liste der Persönlichkeiten steht noch nicht fest. (Siehe auch in der Beilage.)

Die Mainkanalisierung.

)(**München.** Der Finanzausschuß des Landtags bewilligte die Regierungsvorlage von 75 Millionen Mk. zur Weiterführung der Mainkanalisierung von Aschaffenburg bis Würzburg und zum Ausbau der Donauwasserstraße von Regensburg bis Passau. Er stimmte ferner dem Projekt des Stromverbandes über die Linienführung des Großschiffahrtsweges Rhein-Main-Donau zu.

Eine franko-rheinische Bank.

)(**Bern.** Wie der Bund nach der Financial Times berichtet, meldet das englische Handelssekretariat in Paris die bevorstehende Gründung einer franko-rheinischen Bank in Köln. Die Bank soll über ein Kapital von zwanzig Millionen Mark verfügen und den französischen Handel in der Rheinprovinz unterstützen.

Englisch-russische Friedensverhandlungen.

)(**Rotterdam.** In einem Artikel über Rußland führt die „Morningpost" aus, daß trotz aller Ableugnungen zwischen England und der Sowjetregierung über Friedensbedingungen verhandelt werde. Unterhändler seien Litwinoff und Finkelstein einerseits und die Mission O'Gradys andererseits. Die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen sei gelöst, da die Bolschewisten das Versprechen der Demobilisierung des roten Heeres gegeben hätten unter der Bedingung, daß die Entente sich für die Unversehrtheit der Grenzen Sowjetrußlands verbürge. Dem Vernehmen nach habe Nitti sich den Verhandlungen angeschlossen, während die französische Regierung sich zurückhalte.

)(**Rotterdam.** Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, hat der ehemalige Leiter der britischen Mission in Nordwestrußland, General Gough, im Verein mit anderen während der letzten beiden Jahre in amtlichen Stellen in Rußland tätig gewesenen Persönlichkeiten an den Premierminister ein Gesuch gerichtet, die Sowjetregierung anzuerkennen.

Ende der Militärdienstpflicht in England.

)(**London.** (Unterhaus). Anläßlich der Einbringung des Armeebudgets erstattete der Kriegsminister am Montag Bericht über die militärische Lage. Der obligatorische Militärdienst würde mit dem 31. März sein Ende finden. Zu demselben Zeitpunkte würde die rund 220 000 Freiwillige zählende neue Armee geschaffen sein. In dieser sind die in Indien stehenden Truppen nicht einbegriffen.

Terror polnischer Gewerkschaften.

)(**Beuthen** (Oberschlesien). Die „Volksstimme" in Gleiwitz bringt Briefe freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die es beklagen, daß die Polen durch Agitation und Terror die Arbeiter zum Uebertritt in die polnischen Arbeiterverbände zu zwingen versuchen.

Vermischtes.

Einbruch in das Charlottenburger Mausoleum.

wtb. **Berlin**, 23. Februar.

Gestern ist ein Einbruch in das Charlottenburger Mausoleum entdeckt worden. Einbrecher haben den Sarg der Königin Luise gesprengt, nach Schmucksachen durchsucht und beraubt. Die Deckel der anderen Särge widerstanden. Von den Sargdeckeln Kaiser Wilhelms und der Kaiserin, des Prinzen Albrecht und der Fürstin Liegnitz sind goldene, silberne und vergoldete Kränze und Zweige geraubt. Von den Einbrechern fehlt noch jede Spur.

*

Eine Schieberorganisation entdeckt.

wtb. **Berlin**, 23. Februar.

Laut „Lokalanzeiger" wurde eine Schieberorganisation in Luckenwalde entdeckt, die Messing, Kupfer und andere Metalle im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutete. Ueber 50 Beteiligte wurden allein in Luckenwalde verhaftet. Große Mengen Metall konnten den bestohlenen Firmen und Reichsstellen wieder zugeführt werden. Auch Aufkäufer mehrerer Berliner Firmen sind in die Angelegenheit verwickelt.

*

Mord in Bremen. Der Vizepräsident der Bremer Baumwollbörse Urban v. Cleve ist gestern vormittag auf dem Blumenmarkte in Bremen von einem Unbekannten erschossen worden.

Des sächs. Bußtages wegen fällt die morgige Mittwoch-Nummer d. Bl. aus. Die nächste Ausgabe erscheint Donnerstag abend.

Sport.

Fußball. Morgen spielt die 1. Elf des Riesaer Sportvereins gegen die 1. Mannschaft des F.-C. Preußen, Chemnitz. F.-C. Preußen ist einer der führenden Chemnitzer Vereine, verfügt über eine überaus spielstarke Mannschaft, sodaß die Sportvereinself ihr Bestes hergeben muß, um ein günstiges Resultat zu erzielen. Vorher spielt R.-S.-V. III. gegen L. F.-A.-Regt. 19. — Morgen Bußtag treffen sich an der Mastraße vorm. 10 Uhr R. S.-C. 10 II gegen Sp.-C. Großenhain II, nachm. ½2 Uhr R. S.-C. 10 III geg. Sp.-C. Großenhain III, nachm. 3 Uhr R. S.-C. 10 I gegen Sp.-C. Großenhain I.

Der Staatsanwalt.

Roman von **Arthur Brauseweiter.**

26. Fortsetzung.

Es ist klein und eng. Das Bett, in dem der junge Freiherr schlief, steht etwas von dem breiten, hohen Fenster ab. Es ist ein gepolstertes Patentbett, welches sich am Tag als Sofa oder Ruhebett benutzen läßt. Das Bett der Wärterin steht dicht an der Wand. Neben dem Kopfende dieses Bettes steht eine Waschschüssel, vor dem Bett des Ermordeten ist ein Stuhl aufgestellt und zwar steht derselbe zwischen Bett und Kleiderspind derartig, daß zwar die Türe vom Korridor geöffnet werden kann, daß es aber schwer möglich erscheint, daß ein Fremder an ihm vorbei an das Kopfende des Bettes des Freiherrn zwischen diesem und dem Bett der Wärterin sich hindurch gedrängt haben sollte.

Auch der Rückzug durch das Fenster auf den Balkon und von dort durch einen Sprung ins Freie erscheint nicht wahrscheinlich. Nicht die geringsten Spuren sind von dem Sohn der Wirtin, der sofort, nachdem die Tat ruchbar geworden, einen Rundgang um das Haus angetreten, im Kiese oder im Rasen unterhalb des Balkons bemerkt worden. Auch der Eisen außen an der Wand des Balkons und das dichte Farrenkraut am Fuße desselben sind in bester Ordnung gewesen.

Nach dieser eingehenden Verhandlung am Tatort steht dem Staatsanwalt eins fest:

„Ein Fremder, der durch Fenster oder Türe eingestiegen ist, hat den Mord nicht vollbracht. Der Mörder ist nur im eigenen Hause zu suchen. Diejenigen Persönlichkeiten, die in jener Nacht im Pensionat Falke gewohnt haben, stehen außerhalb jeden Verdachts. Die Freifrau und ihr Bräutigam sind nicht im Hause gewesen — ein von ihnen gedungener Mörder hätte zweifellos die eng gestellten Sachen berühren und die Wärterin wecken müssen.

Was also bleibt?

Nur eine einzige, letzte Konsequenz.

Hat er bisher die Täterschaft Annemariens in Erwägung gezogen, ohne mit ganzem Ernste an sie zu glauben — jetzt bohrt sich der Gedanke förmlich in seinem Kopfe fest und wird zur unumstößlichen Idee:

Sie ist es gewesen und kein anderer!

Nur eins kann er mit diesem sicheren Schlusse nicht in Einklang bringen.

Das ist die Persönlichkeit der Angeklagten.

Und diese übt auch auf das Publikum einen wachsenden Einfluß. Ihre immer mehr hervortretende Hoheit, ihre Ruhe und Gelassenheit hat die Zuhörer mit wenigen Ausnahmen zu ihren begeisterten Anhängern gemacht und wenn auch diese wenigen gleichwohl noch in ihrer Reserve bleiben — ein einziger Tag, ein kurzer Augenblick in ihm genügte, alle diese ängstliche, gespanzerte Reserve wie ein Nichts über den Haufen zu werfen.

12. Kapitel.

Der dritte Verhandlungstag ist gekommen. Die Angeklagte ist heute bleicher denn je — etwas Abgespanntes und Müdes liegt auf ihrer Erscheinung und spricht aus ihren Worten.

Der Vorsitzende hat eine Reihe von Zeugen vernommen. Sie ist der Verhandlung mit geringerem Interesse gefolgt als an den vorhergehenden Tagen.

Mit einem Male wendet sich der Vorsitzende zu ihr.

„Sie haben den Ermordeten sehr lieb gehabt?"

Kaum hatte er die Frage gestellt, da sinkt das Haupt der Angeklagten tief auf die Brust herab. Als sie es wieder erhebt, erblickt man auf ihm die Spuren einer heftigen Erregung.

„Sehr lieb," sagte sie mit erstickter Stimme.

Ihr Auge schwimmt in Tränen, ein Zittern läuft über den schlanken Körper. So gewaltsam sie auch gegen ihre Erregung ankämpft, um ihre Ruhe und Beherrschung ist es geschehen.

Eine stürmische Bewegung geht durch das Auditorium. Sie teilt sich auch den Geschworenen mit.

„Und sie klagt man als seine Mörderin an! Nein, nein — es ist kein Zweifel mehr! So lieb hat sie ihn gehabt — wie sollte sie darauf kommen, wie übers Herz es bringen, ihn zu ermorden?! Unerhört. Ob nicht der Staatsanwalt jetzt auch zur Erkenntnis kommen wird?!"

„Seht mal — selbst der Verteidiger ist gerührt. Und der ist gewiß solche Verhandlungen gewohnt. Ein braver Mann, ein trefflicher Mann! Na, der wird dem Herrn Staatsanwalt schon die Meinung sagen! Und unser Justizrat erst! Seht mal! Der ist auch bewegt!"

Die letzten Zweifel sind verstummt — auch diejenigen, die bis jetzt noch bedenklich waren, sind mit Leib und Seele der Angeklagten zugetan.

Nur der Staatsanwalt blickt ruhig und gelassen auf all die wogende Erregung, und in seinem ernsten Antlitz zeigt sich nicht der leiseste Schatten einer Bewegung.

„Sie hatten es mit dem Ermordeten sehr schwer?" setzt der Vorsitzende seine Verhandlung fort.

„Gar nicht schwer. Er war stets folgsam und willig."

„War Ihnen aber die Art, die seine Bedienung erforderte, nicht oft widerwillig?"

„Ich habe nie daran gedacht. Man muß einem armen Kranken Gutes tun."

„Wie lange haben Sie ihn bedient?"

„Fast zehn Jahre."

„Aber es war ein großes Opfer von Ihnen?"

„Es war meine Pflicht — er hatte ja niemand."

„Er hatte eine Mutter."

„Eine Stiefmutter — aber die liebte ihn nicht."

„In welchem Verhältnis standen Sie zu dieser Stiefmutter?"

Die Angeklagte schweigt.

In diesem Augenblick erhebt sich der Staatsanwalt, dessen graue Augen während der letzten Worte auf dem Antlitz der Angeklagten fast durchbohrend geruht haben.

„Ich muß noch Aufschluß von der Angeklagten jetzt über einen Punkt fordern," sagt er mit eindringender Stimme, „den ich aus eigenster Anschauung beobachtet habe, der mir stets unbegreiflich gewesen, und über den ich auch jetzt noch nicht hinwegkommen kann."

„Welcher wäre dies?"

„Die Angeklagte stand stets in einem kühlen, fast schroffen Verhältnis zu ihrer Herrin. Plötzlich änderte sich dies, die Angeklagte und ihre Herrin verkehrten sehr freundschaftlich, ja vertraulich mit einander. Sie waren auch viel allein. Ich wünsche, daß die Angeklagte über diese seltsame Veränderung, für die ich noch viele Zeugen stellen kann, Aufklärung gibt."

„Die Freifrau wurde, kurz nachdem sie mir gekündigt hatte, sehr liebenswürdig — zudem"

„Zudem?" — fragt der Staatsanwalt, und immer eindringender wird der Ton seiner Stimme.

„Zudem hatte ich immer noch die Hoffnung, sie würde mir den Alfred mit in meine Heimat geben."

„Hatten Sie darum gebeten?"

„Ja."

„Hatten Sie Aussichten, daß die Freifrau diesen Wunsch erfüllen würde?"

„Sie machte mir Versprechungen, noch am Abend vor dem Tode Alfreds tat sie es."

„Einen weiteren Aufschluß können Sie nicht geben?"

„Nein — ich hatte keinen anderen Grund für meine Freundlichkeit."

„Ich bedaure, mich mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben zu können," sagt der Staatsanwalt — „ich beantrage vielmehr die sofortige Vernehmung der Freifrau von Türck über diese Sache."

Dem Antrag wird Folge geleistet, der betreffende Passus aus dem Testament des alten Freiherrn, nach dem im Falle des Ablebens seines unglücklichen Sohnes das ganze für ihn hinterlassene Vermögen nebst den Zinsen auf eine wohltätige Anstalt und nicht auf die Mutter übergehen soll, wird noch einmal verlesen. Sie sei beinahe um die Hälfte ihres Besitzes durch diesen Tod gekommen, wie man nur auf den Gedanken fallen könne, ihr eine Schuld an diesem beizumessen. Ein geheimes oder gar vertrauliches Einverständnis zwischen ihr und der Wärterin habe nie bestanden. Ahnungslos sei sie in der heitersten Stimmung aus der Reunion nach Hause gekommen, als Annemarie ihr das Furchtbare erzählt habe" —

„Hatten Sie da auf niemand Verdacht?"

„Ja — sofort!" antwortete die Freifrau schnell und entschieden.

„Auf wen?"

„Auf den Dachdecker Hock."

„Haben Sie den Verdacht noch?"

„Ja!"

SLUB
Wir führen Wissen.

Ortsgruppe Gröba des V. L. B.

Mittwoch, den 25. Februar, abends ½8 Uhr (unter voraussichtlicher Mitwirkung des Männergesangvereins Gröba) spricht im **Gasthaus zum Anker** Herr Sekretär **Richter**-Dresden über **Siegeshoffnung in dunkler Zeit.** Hierzu werden **alle** christlich Gesinnten von Gröba u. d. eingepfarrten Dörfern herzlichst eingeladen und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Nach dem Vortrag erfolgt Aussprache.
Raum geheizt. **Der Ausschuß.**

Achtung! Schlachtpferde!
sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notschlachten schnellst. zur Stelle. Bequ. Transportw.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Riesa Nr. 685.

Betty Künstner
Carl Schwausch
Verlobte.
Mainz a. Rh. Riesa/Elbe.

Dank.

Für die überaus zahlreichen und tröstenden Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen

Franz Kießling

sagen wir allen auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank.

Insbesondere Dank seinen lieben Jugendfreunden und -freundinnen für den herrlichen Blumenschmuck und freiwilliges Tragen zur letzten Ruhestätte und seinen Herren Vorgesetzten und Mitarbeitern der Aktiengesellschaft Lauchhammer, Abt. Stahl- und Walzwerk, für die Spende und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte.

Dir aber, lieber Franz, rufen wir ein „Ruhe sanft" und „Habe Dank" in die Ewigkeit nach.

Blattitz, am 22. Februar 1920.

Ernestine verw. Kießling
im Namen aller Hinterbliebenen.

Weinend legen wir dich nieder
In Dein stilles Schlafgemach,
Niemals kehrst Du zu uns wieder,
Darum weinen wir Dir nach!
Doch es schlägt für uns die Stunde,
Wo wir einst Dich wiedersehn,
Wenn vereint zum schönsten Bunde
Wir vor Gottes Throne stehn.

Mit heißen Tränen im Auge und tiefem Weh im Herzen haben wir meine liebe, unvergeßliche Gattin, unsere gute, treusorgende Mutter

Frau Marie Auguste Paulisch

geb. Förster, zur letzten Ruhe gebracht.

Noch brennt heiß die frische Wunde und unsere Herzen wollen sich nicht trösten lassen. Doch hat es uns innig wohlgetan, daß so viele Gemeindeglieder unsere liebe Entschlafene auf ihrem letzten Wege begleitet und uns durch Beileidsbezeugungen, Blumenspenden und andere reiche Gaben, sowie durch tröstliche Worte und ergreifende Lieder gezeigt haben, daß die liebe Tote auch ihrem Herzen nahe gestanden hat.

Wir sagen allen für die bewiesene Liebe **herzlichsten Dank**; ganz besonders aber unserer guten Hauswirtin, der Frau Korbmacher Müller, die sich der Verstorbenen in ihrer langen Krankheit so selbstlos angenommen hat. Möge ihr reichlich vergolten werden, was sie an uns getan!

Braustitz, den 23. Februar 1920.

Wilhelm Paulisch
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen.

Die überaus liebevolle Anteilnahme und die rührenden Beweise der Liebe und Verehrung bei dem schweren Verlust meiner innigstgeliebten Gattin, der herzensguten Mutter ihres Töchterchens, Frau

Gertrud Schott

war mir in dieser schweren Zeit ein großer Trost.

Ich spreche hiermit tiefbewegten Herzens allen meinen **aufrichtigsten Dank** aus. Ganz besonderen Dank den Herren Stabsarzt Dr. Weißgerber und Dr. Krömer, sowie der Krankenschwester Helene Bauer für die sofortige bereitwillige Hilfeleistung und Pflege. — Dir aber, liebe Entschlafene, rufe ich ein „Habe Dank" und „Ruhe sanft" in Deine stille Gruft nach.

Tr.-Pl. Zeithain, d. 23. 2. 1920.

Der tieftrauernde Gatte Fritz Schott und Töchterchen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Montag früh ½5 Uhr plötzlich und unerwartet unsre treusorgende, gute Mutter, Schwieger-, Großmutter und Schwägerin, Frau

Christiane verw. Kühn

im 78. Lebensjahre sanft verschieden ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an
die trauernden Hinterlassenen.

Glaubitz, 24. Februar 1920.

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Hotel Höpfner, Riesa.

Zum Bußtag

Mittwoch, den 25. Februar, Anfang 7½ Uhr

Wegen des großen Erfolges! Auf vielseitigen Wunsch! Unwiderruflich letztes Gastspiel!

cand. med.

Bert Astron.

Vollständig neues Programm!
Auftreten der gefeierten Tanz-Schönheit
Edith van Leeuwen.
Das Tagesgespräch von Dresden!

Ferner: **Spiegel-Experimente.**
Die geheimnisvolle Dominopartie.
Indische Yogha-Fakirkünste.

Die spiritistische Sitzung.

Hypnose an Fröschen, Mäusen, Vögeln usw. usw.
Neue Gedankenübertragungen.

Bert Astron als Detektiv.

Karten: Sperrsitz 4.— und 3.— Mk., 1. Platz 2.50 Mk., 2. Platz 2.— Mk., Galerie 1.50 Mk. im Vorverkauf Buchdruckerei **R. Abendroth** und Zigarrenhandlung **Wittig.** An der Abendkasse 50 Pf. Aufschlag pro Billett.

Evangelischer Bund — Zweigverein Riesa.

Donnerstag, den 26. Februar 1920, nachm. 6 Uhr
Hauptversammlung
im „Wettiner Hof" (1. Stockwerk):

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Wahl eines Kassierers.
3. Wahl von Kassenprüfern.
4. Eingänge und Anträge.

Der Vorstand.

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Morgen Bußtag Beginn der Erwachsenenvorstellung

„Totenerwachen"

nachm. 4 Uhr. Kindervorstellung fällt aus.
Es wird gebeten schon die nachm. 4- und 6-Uhr-Vorstellung zu besuchen, um einen Andrang zu vermeiden.
— Kassenschluß 8 Uhr abends. —

Vortrag

am Mittwoch, den 25. Februar 1920, abends 7,30 Uhr im Wettiner Hof.

Thema:

Der entschleierte Zukunftsstaat.

Kritik einer 2 tausendjährigen Geschichte des Kommunismus.

Referent: Hauptschriftleiter D. Bergel
vom Generalsekretariat zum Studium des Kommunismus und Bolschewismus, Berlin.
Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Riesa.

Theaterdirektion Petrenz.

Hotel Höpfner.

Donnerstag, 26. Februar, 7½ Uhr

Comtesse Guckerl

Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Koppel-Ellfeld
unter Mitwirkung von
Mitgliedern vom Albert-Theater Dresden.

Preise der Plätze

im Vorverkauf: Buchdruckerei **Abendroth** u. Zigarrenhdlg. **E. Wittig**
Sperrsitz 1.—12. Reihe 4.— M. II. Platz . . . . 2.— M.
„ 13.—24. „ 3.— „ Galerie . . . . 1.25 „
An der Abendkasse 25 Pfg. Aufschlag.

Beim Mittagsgeläut nahm heute nach schwerem Kranksein Gott unsere stille Dulderin, meine treue Lebensgefährtin, unsere seelensgute Mutter, mein letztes Kind

Frau Rittergutsbesitzer

Clärchen Schuster

geb. Kaule

im Alter von 37 Jahren zu sich.

Rittergut Kl.-Waltersdorf,
28. Februar 1920.

In tiefem Schmerz
W. Schuster,
im Namen aller Angehörigen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 27. Februar, nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Vereinsnachrichten

Männerriege. Mittwoch 11,54 Bahnh. Riesa. Wanderung.

F. C. 1913. Mittwoch (Bußtag) nachmittags 5 Uhr Vorstandssitzung im Restaurant „Gute Quelle".

R. S. C. 10. Donnerstag 8 Uhr im Schützenhaus Vorstandssitzung.

Junggesellenverein „Immergrün", Riesa. Mittwoch, den 25. 2., gemütliches Beisammensein mit Hauskapelle im Gasthof „Stadt Hamburg". Neuanmeldungen daselbst.

Kriegerverein „König Albert", Riesa. Zur Beerdigung des Kamerad Privatus Julius Ziechner, Mitgründer des Vereins, stellen die Kameraden am Donnerstag mittag ½2 Uhr im „Goldenen Engel". Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Turnverein Gröba. Sonntag, d. 29. 2., von nachm. 4 Uhr ab Fastnachtsvergnügen. Es wird gebeten, ein Geschenk (nicht unter 1 M. Wert) mitzubringen. Gäste haben nur in Begleitung von Vereinsmitgliedern Zutritt.

F. C. „Fortuna", Gröba. Heute ½8 Uhr Spielerzusammenkunft im Bürgergarten. Erscheinen aller notwendig.

„Treue Freundschaft", Gröba. Donnerstag, 26. 2. 20, abends 8 Uhr Versammlung im Hansa-Hotel. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen unbed. erford.

Turnverein Röderau. Mittwoch, den 25. Februar, nachmittags 2 Uhr Monatsversammlung im Waldschlößchen. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Mittwoch (Bußtag), den 25. Februar nachmittags 3 Uhr
findet in der „Elbterrasse" unsere diesjährige

Haupt-Versammlung

statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahlen, 4. Anträge (drei Tage zuvor schriftlich einzureichen), 5. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen-Mitglieder werden hierzu aufs herzlichste eingeladen und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Ein jeder komme! **Der Gesamt-Vorstand.**

Erhielt Fernsprecher

No. 738.

Paul Großmann,
Schuhgeschäft, Wettinerstr. 2.

Magnetopat

Lohmann

Heilung von Nervenschmerzen w. Kopfschmerz., Nerv.-Reißen Schlaflosigkeit usw. Sprechstunde **Mittwoch, d. 25. 2., 3—6, Hotel Deutsches Haus.**

Briefmarkensammlungen

und einzelne alte Marken kaufe zu den höchsten Preisen. **Alfred Kurth, Briefmarkenhandlg., Colditz i. Sa.**

Handwagen

in allen Größen — solidester Bauart, empfiehlt äußerst preiswert **W. Spengler**
Wilhelmstr. 6 gegüb. Kaiserhf.

Treppenleitern
Malerleitern
Handwagen
in bekannter Güte empfiehlt
Döllscher
am Schlachthof.

Heute blutfrisch eingetroffen
prima Räucherlachsheringe,
sowie Sprotten und prima
Fett-Bücklinge
und empfiehlt pfund- und kistenweise
Friedrich Koch,
Bismarckstr. 30.

Pa. holl. Kernseife
eingetroffen und empfiehlt zu billigsten Preisen
Emil Klinger,
Bismarckstr. 11a, Telefon 581.

Kupfer

Messing, Zinn, Blei
Aluminium, Zink
kauft zu höchsten Preisen
M. Weiße sen. Klempnermeister
Hauptstr. 59. Kontor i. Hof.
Ausweis (Einwohnermeldeschein oder Brotkarte) bitte mitbringen.

Altblei und Messing
kauft zu höchsten Tagespreisen **Riesaer Waagenfabrik Zeidler & Co.**

Restaurant Schlachthof
zum Besuch bestens empfohlen.
Poppers Kunstspiel-Piano.

Donnerstag, den 26. 2., abends 8 Uhr Elbterrasse
Vortrag
unsers Kollegen Dittmar aus Leipzig. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten

Beilage zum „Riesner Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

№ 45. · Dienstag, 24. Februar 1920, abends. 73. Jahrg.

Der Zerfall des Friedensvertrages.

Früher als man erwarten konnte, stellt sich die Unmöglichkeit der Durchführung des Versailler Schandvertrages heraus. Bei uns stand es von vornherein fest, daß sich die überwiegende Mehrzahl der Bedingungen überhaupt nicht erfüllen lasse. Aber die Feinde waren derart von Rachgier und Siegestrunkenheit verblendet, daß sie nicht nur ihr elendes Vertragswerk für gut hielten, sondern auch noch durch lange Hinauszögerung der Friedensratifikation die letzte Aussicht auf Erfüllungsmöglichkeit vernichteten. Nun müssen sie sich langsam zu der Erkenntnis durchringen, daß es tatsächlich so, wie sie sichs gedacht haben, nicht geht.

Am ersten hat man das in Amerika erkannt. Die Kämpfe im amerikanischen Senate um die einzelnen „Vorbehalte“ waren letzten Endes nichts anderes als Kämpfe gegen die ganze Wilsonsche Friedensarbeit. Daß der allmächtige Präsident der Vereinigten Staaten, trotz des grausamen persönlichen Mißgeschickes, das ihn ereilte, so schnell alle Sympathien verloren hat, beruht auf der Erkenntnis des amerikanischen Volkes, daß der abgeschlossene Friedensvertrag von Versailles nichts taugt. Mit starker Mehrheit hat der Senat soeben beschlossen, daß sich die Vereinigten Staaten am Völkerbund nicht beteiligen sollen. Das kommt auf nichts Geringeres hinaus, als auf die Ablehnung des Versailler Vertrags. Ob es schon soweit ist, wie ein ernsthaftes dänisches Blatt berichtet, daß der amerikanische Senat außerdem beschlossen habe, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehe der Friedenszustand und eine internationale Konferenz solle sich im Mai mit den Fragen des Wiederaufbaues beschäftigen, das läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen. Aber derartige Nachrichten in großen, ernstzunehmenden Zeitungen bezeichnen auf jeden Fall die Stimmung.

In England wächst übrigens die Einsicht in die Undurchführbarkeit des Friedensvertrages ebenfalls mit jedem Tage. So schreibt „Labour Leader“ in seiner letzten Nummer: Noch früher, als man erwartete, fällt der Friedensvertrag mit Deutschland auseinander. Gleich bei der ersten Veröffentlichung war es sonnenklar, daß die Bestimmungen nicht ausgeführt werden können. Der Oberste Rat sah sich bereits gezwungen, auf die zwei ersten Bedingungen zu verzichten, in denen er die Auslieferung des Kaisers und die Auslieferung der Kriegsschuldigen verlangte. Eine dritte Bestimmung, die der Kohlenversorgung Frankreichs, wird nicht erfüllt, weil die Erfüllung unmöglich ist, und auch in diesem Punkte werden die Alliierten die Forderungen entweder aufgeben oder vertraglich herabsetzen müssen. Und in gleicher Weise wird man die anderen Bestimmungen entweder fallen lassen oder herabsetzen müssen, bis der ganze Vertrag ein reiner Fetzen Papier ist und die Notwendigkeit eines neuen und vernünftigen Vertrages anerkannt wird. Was hier ein angesehenes englisches Blatt sagt, hätte auch in der ersten besten deutschen Zeitung stehen können.

Nur in Frankreich stellt man sich noch begriffsstutzig und besteht auf seinem Schein. Aber nach dem Reinfall, den die rachedurstigen Franzosen bei dem Auslieferungsbegehren erlitten haben, wird sich ihr Widerstand gegen jegliche Vertragsrevision kaum noch lange aufrechterhalten lassen. Der Friedensvertrag von Versailles zerfällt von selbst zu Staub, weil er nicht auf Recht, sondern auf Rache und Gewalttat aufgebaut war.

Die Ueberschichten im Bergbau.

In Essen fand am Sonntag und Montag eine außerordentliche Verbandstagung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter statt, die aus allen deutschen Bergrevieren stark besucht war. Auf der Tagesordnung stand in erster Linie das Ueberschichtenabkommen. An den Verhandlungen nahm auch Reichspostminister Giesberts teil. Eine Festlegung der 8½stündigen Arbeitszeit im Bergbau, zu der sich die sozialdemokratischen Minister entschlossen hätten, lehnen die christlichen Bergleute ab. Die Tagung nahm eine Entschließung an, in der die christlichen Bergarbeiter Deutschlands sich zu Ueberschichten in weitgehendem Umfange bereit erklären, aber unter der Bedingung, daß die dadurch geförderte Kohle der deutschen Volkswirtschaft zugeführt werde und nicht der Entente. Die Entschließung fordert die gleichen Ueberstunden wie im Bergbau auch in den anderen Arbeitsgebieten der Industrie und der Landwirtschaft.

*

Die Sicherstellung der Ernährung.

Der Reichswirtschaftsminister erteilte auf die Frage der Abgeordneten Schultz-Bromberg, Dr. Heinze und Genossen nach der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung im kommenden Wirtschaftsjahr folgende Antwort: „Die Frage, in welcher Weise im kommenden Wirtschaftsjahr die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen ist, unterliegt der Erörterung. Die erforderlichen Verordnungen werden mit möglichster Beschleunigung dem Reichsrat und dem 6. Ausschuß der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dabei wird auch zu prüfen sein, inwieweit den Bevölkerungsschichten, deren Einkommenverhältnisse den zu erwartenden höheren Preisen nicht folgen können, die Möglichkeit gesichert werden könne, diese wirtschaftliche Entwicklung zu überstehen.

*

Ein Zigarettenmonopol?

Ueber die Zigarettensteuer finden gegenwärtig Verhandlungen im Reichsfinanzministerium zwischen den Vertretern der einzelnen Länder und den Organisationen der Fabrikanten statt. Die Verhandlungen, in denen bisher keine Beschlüsse gefaßt worden sind, zeigen, daß die Regierung die Möglichkeit einer Lösung durch Schaffung eines Zigarettenmonopols nicht von der Hand weist, doch wird man den weiteren Verlauf der Beratungen abwarten müssen, ehe Stellung zu diesem Vorschlag genommen werden kann.

*

Briefporto 40 bis 50 Pfg.

Die umlaufenden Gerüchte über eine weitere Verteuerung der Postgebühren finden Bestätigung durch Ausführungen des Reichspostministers Giesberts in einer Versammlung des Gewerkvereins deutscher Bergarbeiter in Essen. Er erwähnte eine in Aussicht stehende ganz erhebliche Verteuerung der Postgebühren. Danach soll u. a. das einfache Porto für Briefe auf 40—50 Pfg. erhöht werden. Die übrigen Gebühren für Drucksachen und dergl. sollen jedenfalls entsprechend festgesetzt werden.

Höchstpreise in England.

Ein eigener Bericht des „Daily Chronicle“ besagt, daß das Kabinett sich mit der Frage neuer Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Preise beschäftigt habe. Der Ernährungsminister wies darauf hin, daß die Kontrolle für Nahrungsmittel, Wolle, Leder und Baumwolle nötig sei. Lloyd George erwägt den Vorschlag, den Ernährungsminister mit weiteren Vollmachten zur Festsetzung von Höchstpreisen auszustatten.

Englisch-französischer Streit in der Schiffsfrage.

Frankreich unter dem Druck Englands.

tu. Paris, 24. Februar.

Der „Matin“ berichtet über die Londoner Beratungen: Es handelt sich um die Verteilung der Schiffe. Bei der vorläufigen Verteilung hat Frankreich 549000 Tonnen bekommen, worunter sich sehr wenig Handelsdampfer befinden, das sind 50 Prozent der französischen Verluste. England findet aber, daß dies noch zuviel sei und verlangt, daß Frankreich von diesen Schiffen 300000 Tonnen zurückgeben soll. Natürlich wird das Parlament und die Regierung dagegen protestieren. Aber unser Botschafter in London benachrichtigte die Regierung, daß England, falls Frankreich sich weigern sollte, das von Wilson und Lloyd George vereinbarte Verteilungsabkommen anzuerkennen, einen Druck auf Frankreich ausüben könne. England könnte dann die monatliche Lieferung von 700000 Tonnen Kohlen aufheben, ferner könnte es in der ganzen Welt die Lieferung von Kohlen an französische Schiffe verweigern und weiter die Befugnis der monatlichen Beförderung von 500000 Tonnen Lebensmittel für Frankreich auf englischen Schiffen zurückziehen. Endlich könnte es die Ablieferung der in England für Frankreichs Rechnung in Bau befindlichen Schiffe einhalten. Das wären die Folgen einer etwaigen französischen Weigerung auf dem Gebiete der Schiffahrt. Die finanziellen Folgen sind nicht minder ernst. Die Forderung, 300000 Tonnen zurückzugeben, ist für uns unannehmbar. Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ meldet, daß die nächste Sitzung des Obersten Rates nach Abschluß der dieswöchigen Londoner Beratungen, die bis Freitag oder Sonnabend dauern können, im März stattfinden soll.

*

Die Verwaltung der Türkei.

„Echo de Paris“ meldet aus London, daß man die Türkei durch eine gemischte Kommission verwalten werde. Die Stadt Smyrna, die unter griechische Oberhoheit kommen soll, erhält eine besondere Verwaltung. Armenien wird dem Völkerbund unterstellt werden. Große Kriegsentschädigung will man von der Türkei nicht fordern. Ueberhaupt habe der Versailler Vertrag solche Schwierigkeiten bereitet, daß es notwendig sei, die Mitwirkung Deutschlands zur Herausgabe der Banknotenvorräte und der ottomanischen Staatsschuldenverwaltung, die bei der Deutschen Bank in Berlin liegt, in Anspruch zu nehmen.

* * *

Lloyd George über die Revision des Versailler Vertrages.

Nach einem Reuterberichte erklärte Lloyd George im Unterhause auf Anfrage, er halte so lange jede Diskussion über eine Revision des Versailler Vertrages für unangebracht, solange dessen Undurchführbarkeit nicht unbedingt erwiesen sein sollte.

Die Probe auf Deutschlands ehrlichen Willen.

wtb. Amsterdam, 23. Februar.

Laut „Courrant“ berichtet der Pariser Korrespondent der „Times“, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage der Kriegsverbrecher beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf unbestreitbaren Verbrechern von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor denen auch eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen soll. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen ehrlichen Willen versagen, so würden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden.

wtb. Berlin, 23. Februar.

Wie die Abendblätter aus Leipzig melden, hat der Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins im Verein mit der Anwaltskammer beim Reichsgericht eine Geschäftsstelle eingerichtet, um die Verteidigung derjenigen Persönlichkeiten vorzubereiten und zu unterstützen, die gemäß der Forderung der Entente vor dem Reichsgericht zur Verantwortung gezogen werden.

*

Ein Protest des Generals v. Gallwitz.

General der Infanterie z. D. v. Gallwitz, früher Armeeoberbefehlshaber, verwahrt sich gegen die Beschuldigungen, auf grund deren er viermal auf der Auslieferungsliste steht. Er habe weder mit Deportationen, noch Verwüstungen, noch mit Diebstählen etwas zu tun gehabt. Die Einrichtung eines umzäunten Raumes für französische Gefangene in Montmedy-le-Rant sei von höherer Stelle angeordnet worden, als Repressalie für die schlechte Behandlung unserer Kriegsgefangenen durch französische Kommandanten.

*

Französische Rechtsprechung.

tu. Mainz, 24. Februar.

Drei merkwürdige Fälle von französischer Rechtsprechung werden in Mainz bekannt: Ein Straßenbahnschaffner, der einem französischen Offizier während des Rangierens aus dem Wagen verwies, wurde wegen Mißachtung der französischen Autorität in erster Instanz zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, in der Berufungsinstanz dann sogar zu 14 Tagen. Ein anderer Straßenbahnschaffner, dem das gleiche mit einem französischen Polizeioffizier vorgekommen ist, erhielt 1000 M. Geldstrafe und 4 Wochen Gefängnis wegen Behinderung eines Offiziers im Dienst. Der dritte Fall behandelt die Beschädigung eines Straßenbahnwagens durch ein französisches Automobil. Der Direktor der Straßenbahnverwaltung hatte Ersatzansprüche gestellt, worauf er wegen beabsichtigter Prellerei 1000 M. Geldstrafe erhielt. Bei der Berufung wurde merkwürdigerweise das Strafvergehen in Mißachtung der französischen Autorität umgewandelt und der Direktor freigesprochen, ihm aber die Verpflichtung auferlegt, die Reparaturkosten nicht mehr anzufordern.

Murman in den Händen der Bolschewisten.

Laut Lloydmeldung aus Vardoe hat ein russischer Dampfer aus Murman die Meldung mitgebracht, daß die Bolschewisten sich der Stadt, des Hafens und der Schiffe bemächtigt haben.

Die Sowjetarmee in Irkutsk.

Aus Wladiwostok wird gemeldet: Die Sowjetarmee hat der Armee des Generals Koppel eine Niederlage beigebracht, ist in Irkutsk eingezogen und hat mit den Tschechen einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Ausgetauschte deutsche Geiseln.

Von den für Radek ausgetauschten Geiseln sind Hans Cleinow, Adolf Bethmann, Ottomar Heinze, sowie Leo und Max Schanz in Reval eingetroffen und werden mit der nächsten Dampfergelegenheit nach Deutschland weiterreisen. — Leutnant Bruno Bertram wird von der Sowjetregierung noch als Geisel für den in Deutschland befindlichen Axelrod zurückgehalten.

Die Kommunistenverfolgungen in Ungarn.

Wie der Wiener „Morgen“ meldet, hat der unter dem Verdachte des Menschenraubes an den Kommunisten in Wien verhaftete ungarische Leutnant Ali gestanden, daß die Entführung und Ermordung durch nach Wien kommandierte ungarische Offiziere und auf Befehl des Armeekommandanten Horthy sowie mit Unterstützung der Wiener ungarischen Gesandtschaft erfolgt sei. Aus Ungarn seien zwei Offizierkompanien nach Wien kommandiert worden, hauptsächlich um hier lebende ungarische Flüchtlinge zu überwachen, auf ungarischen Befehl zu verhaften und nach Ungarn zu überführen.

*

Der Kongreß des französischen Sozialistenverbandes der Seine hat mit großer Mehrheit beschlossen, sich sofort der dritten Internationale anzuschließen.

Um zu den letzten Vorschlägen der italienischen Regierung Stellung zu nehmen, stellen die Straßenbahner in Rom den Dienst für einen halben Tag ein. Auch die Angestellten der Nebenbahnen stehen vor entscheidenden Beschlüssen.

Der Führer der Arbeiterpartei in Mineapolis, Mitchell, hat erklärt, daß die nationale Arbeiterpartei Amerikas politisch werden müsse. Der Präsident der Arbeiterpartei Gomperts rät von der Bildung einer politischen Arbeiterpartei als nachteilig ab, denn damit würde nur dem Wunsche derjenigen entgegengekommen, die die Unterdrückung der Arbeiterklasse anstreben. — Wie die englischen Blätter melden, wurde in dem Programm des amerikanisch-republikanischen Staatenkonvents für den Wahlkampf um die Präsidentschaft, über das bereits berichtet wurde, auch der Grundsatz aufgestellt, Amerika dürfe nicht durch die Arbeitsbestimmungen des Friedensvertrages in das vom internationalen Sozialismus ausgebreitete Netz gezogen werden.

Die Ständige Valutakommission

ersucht die Regierung, auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages ehestens mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um aus denjenigen Beträgen, die laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Friedensvertrages bereits abgeliefert sind, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung u. Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei äußerster Einschränkung des Konsums unbedingt nötig sind. Das Reich ist durch Abtrennung wertvoller Gebiete, durch Wegnahme der Kolonien, der Kabel, des gesamten Vermögens im Ausland, der Schiffe, des Eisenbahnmaterials, der landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Liquidation der Firmen im Ausland so verarmt, daß ihm ausreichende Mittel für Zahlungen im Auslande nicht mehr zur Verfügung stehen. Noch nie ist nach Niederlegung der Waffen ein Volk wirtschaftlich und finanziell so grausam durch Aushungerung, Hinziehen, Vorenthaltungen und Uebertretungen der Abmachungen bedrückt worden, wie jetzt das deutsche. Seit den Waffenstillstandsverhandlungen, also seit fast 1½ Jahren, ist dem Deutschen Reich jede verständige Finanzierung im Auslande unterbunden. Nach Hergabe des Goldbestandes bis auf eine Milliarde Mark wurden die ausländischen Effekten, die im deutschen Besitze waren, zur Verfügung gestellt. Die Abnahme dieser Effekten wurde in unerhörter Weise verzögert. Ein Teil der Regierungen, die die betreffenden Effekten ausgegeben hatten, benutzte die Gelegenheit, um eine verbriefte Verpflichtung, in auswärtiger Valuta zu zahlen, nicht anzuerkennen. Durch Erlös dieser ausländischen Effekten konnten daher im Auslande bisher nur geringe Zahlungen geleistet werden. Eine Verfügung über den Erlös aus den Liquidationen und Sequestrationen war noch nicht möglich, da jede Abrechnung vorenthalten wurde. Zu alledem wurde die Oberhoheit des Deutschen Reiches an den Grenzen ausgeschaltet, und die Deutsche Regierung mußte mitansehen, wie gegen ihren Willen Luxuswaren im Werte von Milliarden Mark ins Land strömten. Die Zahlungen in diesen 1½ Jahren mußten zum wesentlichen Teil durch Verkauf von Reichsbanknoten im Ausland und durch große neue Verpflichtungen in fremder Valuta ausgeführt werden. Der Valutamarkt mußte unter solcher Belastung zusammenbrechen. Wenn Deutschland nicht das gleiche Schicksal beschieden sein soll wie Deutsch-Oesterreich, so müssen ihm aus den geleisteten Lieferungen so viel Aktiva zur Verfügung gestellt werden, daß es die zur Bezahlung der notwendigsten Nahrungsmittel in den nächsten Monaten erforderlichen Beträge aufbringen kann. Eine Finanzierung auf anderem Wege ist nicht mehr möglich. Deutschland hat durch seine Ablieferungen seinen festen Willen bewiesen, den Vertrag soweit wie irgend möglich zu erfüllen, und wird dies auch weiter tun. Die Ständige Valutakommission vertraut zuversichtlich darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Erfüllung des Friedensvertrages der deutschen Regierung die jetzt benötigten Summen, wie im Artikel 235 vorgesehen, freigegeben wird. Sie hält sich zu diesem Vertrauen umsomehr für berechtigt, als sie in der Erfüllung ihres Verlangens die Voraussetzung zur Aufrechterhaltung nicht nur des deutschen, sondern auch des Welt-Wechsel-Marktes erblickt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Der

Prozeß Erzberger—Helfferich

wurde gestern fortgesetzt. Geh. Justizrat Dr. **v. Gordon** trug einen Schriftsatz vor, worin es strafprozeßlich für unzulässig erklärt wird, über den Inhalt der Angaben der Zeugen vor dem verhandelnden und erkennenden Gerichte Beweis zu erheben. Nur das Gericht selbst hat aus dem Inhalt der Aussagen zu urteilen. Es wird deshalb gegen eine solche Beweisaufnahme Verwahrung eingelegt, dagegen seien die Vertreter des Nebenklägers zu einer freien Erörterung über den Inhalt von Aussagen an der Hand der beiderseitigen Stenogramme bereit. Es werden dann in dem Schriftsatz zu den einzelnen bisher verhandelten Fällen Ausführungen gemacht; zu anderen Punkten wird Beweiserhebung anheimgestellt. Der **Vorsitzende** hatte Bedenken gegen den Beweisantrag im Falle Wolff, da hier der Nebenkläger als Minister Transaktionen im Interesse des Reiches vorgenommen habe. Dr. **Friedländer** erklärt, daß Erzberger sich für die Nationalversammlung zur Beratung der Steuergesetze einen Vertreter bestellt habe, sodaß er für den Prozeß zur Verfügung stehe. Zum Falle Hapag behauptet **Helfferich**, Erzberger habe unsere Handelsflotte ausgeliefert und nach Festsetzung der Entschädigungen an die Schiffahrtsgesellschaften in Hapag-Aktien spekuliert. Er habe die Hapag-Aktien im Januar und März 1919 gekauft als politische Maßnahme, um zu zeigen, daß unsere Schiffahrt eine Zukunft habe. Im November 1919 habe er die Aktien zum Kurse von 114 verkauft und Prämienanleihe gezeichnet. Dr. **Alsberg** fragt Erzberger, ob er ohne Zuziehung des zuständigen Reichswirtschaftsministeriums nach dem Ankaufe von 100 Aktien über die Höhe der Entschädigung mit der Hapag verhandelt habe. **Erzberger** antwortet: Er habe mit den Herren die Möglichkeit erörtert, die für die Interessen der Reeder gegeben war und in einer Kabinettssitzung einen Vorschuß von 1½ Milliarden für die Reeder vorgeschlagen. Rechtsanwalt Dr. **Alsberg** schließt daraus, daß Erzberger sich den Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums angemaßt habe. Als Reichsfinanzminister habe er auch den Vertrag mit der Reederei Treuhandgesellschaft abgeschlossen. Minister **Giesberts** bestätigt, daß Erzberger ihm auch zu dem Ankaufe der Hapag-Aktien geraten habe, um das Vertrauen zu den Schiffahrtsgesellschaften zu stärken. Zeuge habe das Vorgehen Erzbergers für dumm oder als zu ideal gehalten. Es folgt die Vernehmung des Oberstleutnants **Düsterberg** von der Waffenstillstandskommission in Spaa. Zeuge habe von Spaa aus einen Bericht an die Adresse des Oberst Reinhardt nach Berlin geschickt, von dem Erzberger, bevor Oberst Reinhardt den Brief erhalten hatte, Kenntnis hatte. Der Zeuge nimmt an, daß der Brief im Büro Erzbergers geöffnet worden ist. Erzberger erklärt dagegen, eine Abschrift des Berichtes direkt aus Spaa erhalten zu haben. Den Namen des Ueberbringers habe er sich mit Absicht nicht gemerkt. Er habe als Minister das getan, was jeder in seiner Lage getan haben würde. Er habe sich sofort zum Kriegsminister Oberst Reinhardt begeben und eine Untersuchung gegen Düsterberg einleiten lassen. Einen anderen Gebrauch von dem Briefe habe er nicht gemacht. Oberstleutnant **Düsterberg** wendet sich dagegen, daß er hinter dem Rücken Erzbergers operiert habe. Stets habe er offen seiner Meinung Ausdruck gegeben. Der betreffende Offizier, der den Brief persönlich angefertigt habe, habe ihm die ehrenwörtliche Erklärung gegeben, daß er niemandem von dem Briefe Mitteilung gemacht habe. Er glaube dieser Erklärung mehr als der Erzbergers. Exzellenz **Helfferich** richtet die Frage an den Nebenkläger, ob er kurz vor dem Erlaß des Verkaufsverbots von Kolonialpapieren solche gekauft habe. Es seien schwere Angriffe erhoben worden dagegen, daß das Verbot erst 8 Tage nach dem Erlaß veröffentlicht wurde und dadurch große Spekulationen ermöglicht wurden. Erzberger erklärt nach bestem Wissen, daß er niemals Kolonialpapiere gekauft habe. Hierauf tritt eine kurze Pause ein.

Nach der Pause gibt Exzellenz **Helfferich** eine Darstellung der Viehhandelsangelegenheit. Der Nebenkläger soll für den Viehhandelsverband als Syndikus tätig gewesen sein und zwar soll der Vertrag mit einem Jahresgehalt von 12 000 Mk. abgeschlossen sein, damit Erzberger die Interessen des Viehhandelsverbandes parlamentarisch vertrete. Minister **Erzberger** erwidert, daß die drei Verbände, welche die Fleischversorgung in Händen haben, an ihn herangetreten seien mit der Bitte, die Vertretung der Verbände als Syndikus zu übernehmen. Ueber Einzelheiten ist nicht gesprochen worden. Es sollten 10—12 000 M. ausgesetzt werden. Kurz nach der Unterhandlung sei er jedoch zum Unterstaatssekretär ernannt worden, sodaß er das Amt garnicht angetreten habe. Er habe sich niemals für die Interessen des Verbandes eingesetzt. **Helfferich** behauptet demgegenüber, daß Erzberger bereits vorher seinen politischen Einfluß für den Viehhandelsverband eingesetzt hätte. Auf Einzelheiten der Verhandlungen mit dem Viehhandelsverband kann sich der Finanzminister nicht mehr besinnen. Herr **Isaak** von der Viehhandelsgesellschaft verliest das Protokoll einer Vorstandssitzung über die Verhandlungen mit Erzberger. Aus ihm ergibt sich, daß Erzberger auch deshalb zum Syndikus gewonnen werden sollte, weil er Aufsichtsratsmitglied der Z. E. G. war. Hierzu bemerkt Erzberger, daß er von diesem Protokoll heute zum ersten Mal höre, und daß er selbstverständlich aus dem Aufsichtsrat der Z. E. G. ausgetreten wäre, wenn er den Posten des Syndikus angenommen hätte. Zu dem Fall Ein- und Ausfuhrerlaubnis bekundet Dr. **Helfferich**, daß der damalige Abg. Erzberger in seiner Eigenschaft Ein- und Ausfuhrscheine vermittelt habe an solche Personen, die man als Geschäftsfreunde bezeichnen und zum Teil auch hinsichtlich solcher Waren, die nicht zum Fache der betreffenden Personen gehörten. Zur damaligen Zeit wurden seitens der Industrie schwerste Beschwerden erhoben und Ein- und Ausfuhrerlaubnis für den legitimen Handel waren sonst schwer oder überhaupt nicht zu erwirken. Aus diesen Geschäften seien Gewinne von ca. 20 Millionen Mark erzielt worden, im einzelnen bis zu 1000 %. In dem Falle Bertel hatte die Schweiz die Ausfuhrerlaubnis nicht erteilt, weil Bertel als unzuverlässig galt. Reichsfinanzminister **Erzberger** erklärt hierzu als Zeuge, daß er nicht als Abgeordneter, sondern in seiner Eigenschaft als Leiter der Kriegspropaganda die Ein- und Ausfuhr bewilligt habe, und zwar aus politischen Gründen, die aber in der Oeffentlichkeit nicht mehr erörtert werden könnten. Finanzielle Vorteile habe er aus allen diesen Dingen nicht gehabt. Einen Herrn Bertel kenne er überhaupt nicht. Die Einfuhr von Olivenöl aus der Türkei z. B. sei erfolgt zu katholisch-kirchlichen Zwecken. Exz. **Helfferich** erwidert, daß es sich durchaus nicht um Geschäfte mit politischen Hintergründen gehandelt, sondern daß der Herr Nebenkläger solche auf eigene Faust betrieben, daß es sich also um typische Schiebergeschäfte gehandelt habe. Hätte es sich um politische Angelegenheiten gehandelt, so hätten die Mittel aus dem Geheimfonds angegriffen werden können. Reichsfinanzminister **Erzberger** trägt vor, daß er unmöglich in öffentlicher Verhandlung hierüber Auskunft geben könnte, da schon bloße Andeutungen genügen würden, Ausländern, die während des Krieges Deutschland Gefälligkeiten erwiesen haben, schweren Schaden zuzufügen. Es entwickelt sich ein längeres Hin und Her über die Möglichkeit der Fortsetzung der Verhandlung in öffentlicher Sitzung. Die beiden Verteidiger des Nebenklägers setzen sich lebhaft für den Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung von Staatsinteressen ein. **Dem diesbezüglichen Antrage des Geheimrats von Gordon wird vom Gericht stattgegeben und die Angelegenheit weiter in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.**

Nächste Sitzung Dienstag vormittag.

*

Beschlagnahme der Helfferich-Broschüre. Am Sonnabend ist die bekannte Broschüre des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich „Fort mit Erzberger" auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Die Broschüre, die bereits am 19. August 1919 erschienen ist, hatte in dieser langen Zeit den Behörden bisher nur Veranlassung gegeben zu einem später als Versehen eines Polizeireviers erklärten vorübergehenden Verbot ihres Verkaufs im Straßenhandel. (Die Beschlagnahme hängt wahrscheinlich mit dem Prozeß Oltwig von Hirschfeld zusammen, da der Attentäter seine Pläne nach der Lektüre dieser Broschüre gefaßt hat.)

Die Steuerveranlagungen Erzbergers. In dem gestern erwähnten Artikel, in welchem der Reichsfinanzminister bezichtigt wird, im Gegensatz zu seinen amtlichen Verlautbarungen in der Praxis bei seinen Steuererklärungen eine bedenkliche Steuermoral an den Tag gelegt zu haben, wird behauptet, der Reichsfinanzminister habe sein Einkommen seit Jahren zu niedrig angegeben. So habe er im Jahre 1916 ein Gesamteinkommen von nur 20000 Mk. versteuert, während er — wie aus dem Helfferich-Prozeß hervorgeht — bereits im Mai 1915 mit einem festen Jahresgehalt von 40000 Mk. in den Thyssenschen Aufsichtsrat eingetreten sei. Im Jahre 1917 habe Erzberger dann anstatt des tatsächlichen Einkommens von 75—80000 Mk. nur 40000 Mk. bei der Steuerbehörde angegeben. Am auffälligsten aber sei das Jahr 1919, wo dem steuerpflichtigen Einkommen von 55 000 Mk. nur eine Angabe von 16700 Mk. gegenüberstehe.

Steuer-Angelegenheiten.

Das Steuererklärungsformular für die Veranlagung der Kriegsabgaben konnte in einigen Teilen Deutschlands dem Steuerpflichtigen noch nicht zugestellt werden. Es empfiehlt sich nichtsdestoweniger, daß diejenigen Steuerpflichtigen, die ihr Kapitalvermögen nach dem Stande vom 30. Juni 1919 durch ihre Bankverbindung berechnen lassen wollen, dieser **schon jetzt** den entsprechenden Auftrag erteilen; denn es steht zu befürchten, daß die Banken andernfalls nach erfolgter Zustellung der Formulare infolge der plötzlich einsetzenden Mehrarbeit nicht in der Lage wären, in der den Steuerpflichtigen zur Verfügung stehenden kurzen Frist die Berechnung aufzustellen. In diesem Falle wären dann die Steuerpflichtigen gezwungen, ihr Kapitalvermögen an der Hand des Steuerkurszettels selbst zu berechnen. Jedenfalls sind die Finanzämter vom Reichsfinanzministerium angewiesen worden, eine **Verlängerung der Frist** zur Abgabe der Steuererklärung **nicht** aus dem Grunde zu bewilligen, weil die Bank des Steuerpflichtigen nicht in der Lage sei, die Berechnung fristgemäß vorzunehmen.

*

Zur außerordentlichen Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. In der Vollzugsanweisung zum Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs ist bestimmt, daß bei der Feststellung des Endvermögens die aus laufenden Einkünften vorhandenen Bestände an Waren, Geld, Banknoten, Kassenscheinen, sowie Bank- und sonstigen Guthaben insoweit außer acht gelassen werden können, als sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für die nächsten sechs Monate zu dienen bestimmt sind. Ueber die Tragweite dieses Artikels der Vollzugsanweisung sind nun Zweifel entstanden. Die Bestimmung will den Steuerpflichtigen nicht das Recht einräumen, in allen Fällen den **Abzug** eines entsprechenden Betrages für sechs Monate zu machen. Denn nach § 6 Nr. 4 des Besitzsteuergesetzes in Verbindung mit § 21 Absatz 2 des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs ist nur ein **Dreimonatsabzug** zugelassen. Der Sechsmonatsabzug soll bloß für die Fälle zugestanden werden, in denen es eine besondere Härte sein würde, wenn der Steuerpflichtige nur berechtigt wäre, den Unterhalt für drei Monate abzuziehen. Diese Voraussetzung ist aber nur dann gegeben, wenn den Steuerpflichtigen in den auf den Stichtag folgenden sechs Monaten zur Bestreitung der laufenden Kosten des Lebensunterhalts im wesentlichen andere Mittel als die in Rede stehenden **nicht** zur Verfügung stehen. Die in diesen Fällen nach der Reichsabgabenordnung dem Finanzminister zustehende Erlaßbefugnis wird auf die Finanzämter übertragen. Die Finanzämter können von dieser Erlaßbefugnis bereits bei der Feststellung des Endvermögens Gebrauch machen. Es muß also besonders darauf hingewiesen werden, daß der Steuerpflichtige keineswegs berechtigt ist, ohne weiteres den Bedarf für sechs Monate abzusetzen, sondern es ist ihm nur gestattet, den Unterhalt für die nächsten drei Monate in Abzug zu bringen. Will er darüber hinaus einen weiteren Abzug in Anspruch nehmen, so ist ihm anheimzustellen, die angegebenen Voraussetzungen für einen weiteren Abzug darzulegen.

*

Beschleunigte Einziehung der Steuern. Das Wolffsche Bureau verbreitet folgende halbamtliche Mitteilung: Bei den Besprechungen über die Möglichkeiten einer Abdeckung der schwebenden Schuld äußerte sich die Valutakommission dahin, daß neben der Balanzierung des Etats, d. h. also neben der Ausgleichung der Einnahmen an die Ausgaben als weitere wirksame Hilfe eine **beschleunigte Einziehung der Steuern** anzusprechen ist. Um dies zu erreichen, werden die Veranlagungen zu den Kriegsabgaben, insbesondere zur Abgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer durch die Reichssteuerverwaltung in der tunlichst kürzesten Zeit durchgeführt werden. Um den Steuerpflichtigen einen Anreiz zu geben, frühzeitig ihre Abgaben zu leisten, ist einerseits gesetzlich bestimmt, daß bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs und bei dem Reichsnotopfer die Vorleistung auf die Steuerschuld (d. h. also die Steuerzahlung vor Ablauf des Leistungstermins) verzinst wird, und zwar werden **bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs 6 Prozent vergütet und beim Reichsnotopfer für die Vorauszahlungen bis zum 30. Juni 1920 8 Prozent** und vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 **4 Prozent**. Andererseits aber muß derjenige, der seine Steuer verspätet zahlt, die nicht gezahlten Beträge dem Reich mit 5 Proz verzinsen, und zwar beim Reichsnotopfer ab 1. Januar 1920 und bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab. Durch diese doppelten Einwirkungen auf den Steuerpflichtigen hofft die Valutakommission, daß der rasche Eingang der Steuern gefördert wird.

Die

neue Beamten-Besoldungsordnung.

Das Reichsfinanzministerium hat in der Frage der **Beamtenbesoldungsreform** folgenden Entwurf dem Kabinett unterbreitet:

Das **Diensteinkommen** ist zu bemessen unter entsprechender Berücksichtigung der Art und Verantwortlichkeit des Amtes, der Vorbildung und Ausbildung, des Einkommens, das Angehörige freier Berufe für gleichartige Tätigkeit beziehen, sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und Lebenshaltung der Volksgesamtheit.

2. Das Diensteinkommen der Beamten besteht aus I. dem **Grundgehalt**, II. dem **Ortszuschlag**.

3. Neben dem Diensteinkommen werden den Beamten I. **Teuerungszuschläge**, II. **Kinderzuschläge** gewährt.

4. Aufwands-, Funktions-, Stellen- und sonstige Zulagen sind — ebenso wie Einnahmen aus Nebenämtern — möglichst zu vermeiden.

5. Das **Grundgehalt** soll dem Beamten rechtzeitig die Errichtung eines eigenen Hausstandes sowie die Eheschließung ermöglichen und — regelmäßig steigend nach Dienstaltersstufen — die Einkommensverhältnisse der einzelnen Beamtenklassen tunlichst denen der ihnen entsprechenden sozialen Bevölkerungsschichten im freien Erwerbsleben anpassen. Demgemäß ist das Anfangsgehalt erheblich zu erhöhen, die Spannung zwischen ihm und dem Endgehalt — etwa im Verhältnis von 2 : 3 — zu verkürzen und die Zahl der Dienstalterstufen zu verringern, damit das Höchstgehalt früher erreicht wird.

Bei Aemtern, für die besondere Verhältnisse vorliegen, die regelmäßig erst in höherem Lebensalter erreicht werden oder den Abschluß der Beamtenlaufbahn bilden, sollen Einzelgehälter — ohne Dienstaltterszulagen — gewährt werden.

6. Der **Ortszuschlag** soll den Beamten im Hinblick darauf, daß sie in der Wahl ihres Dienstortes nicht frei sind, einen Ausgleich für die örtlichen Verschiedenheiten der Lebensverhältnisse, namentlich unter Berücksichtigung des Wohnungsbedürfnisses und der übrigen Kosten der Lebenshaltung gewähren. Er ist auf Grund statistischer Erhebungen über die Höhe des Wohnungsmietzinses und die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel nach Ortsklassen und Gehaltsgruppen abzustufen.

Das Ortsklassenverzeichnis ist hiernach neu aufzustellen. Die bisherigen 6 Tarifklassen sind in drei Gehaltsgruppen zusammenzulegen. Der Wert der Dienstwohnung ist auf den Ortszuschlag in bestimmter Höhe anzurechnen.

7. Die **Teuerungszuschläge** sollen — steigend oder fallend — das Diensteinkommen der Beamten möglichst den jeweiligen Gesamtkosten der Lebenshaltung und dem Stande der allgemeinen Wirtschaftslage anpassen. Sie sind in der Form eines veränderlichen, durch den Haushaltsplan zu bestimmenden prozentualen Zuschlages zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag zu gewähren.

8. Die **Kinderzuschläge** sollen dem Anwachsen der Familienlasten Rechnung tragen. Sie werden bis zum vollendeten 14. Lebensjahre ohne weiteres gewährt und fallen von da an bis zum vollendeten 18. Lebensjahre fort, wenn das Kind selbständig zur Reichseinkommensteuer veranlagt wird. Für Fälle, in denen bisher darüber hinaus Kinderzulagen als Teuerungszulagen gewährt sind — für Kinder in Schul- oder Berufsausbildung — sind besondere Mittel in den Haushalt einzustellen.

9. **Pensionsfähig** sind das Grundgehalt in voller Höhe und der Ortszuschlag nach einem Durchschnittssatz. Teuerungs- und Kinderzuschläge sind nicht pensionsfähig; Kinderzuschläge werden jedoch auch Pensionären und Hinterbliebenen gewährt.

10. Diensteinkommen, Teuerungs- u. Kinderzuschläge sind bei bargeldloser Ueberweisung auf ein Konto dem planmäßigen Beamten vierteljährlich, andernfalls **monatlich im voraus zu zahlen.**

11. Die Besoldungsordnung ist nach einheitlichen Grundsätzen für alle Verwaltungen zu regeln. Die Annahme- und Anstellungsbedingungen sind nach Möglichkeit zu vereinheitlichen.

12. Im Interesse der Vereinfachung und einheitlicheren Gestaltung der Besoldungsverhältnisse ist **die Zahl der Beamtenklassen nach Möglichkeit zu verringern.** Die nach Vor-, Aus- und Fortbildung, dienstlichen Anforderungen, Vorbedingungen und Leistungen gleich zu bewertenden Beamten sind in einer Gehaltsgruppe zusammenzufassen.

13. Jedem Beamten steht bei nachgewiesener Befähigung und erprobter Bewährung nach Maßgabe seiner dienstlichen Leistungen ohne Rücksicht auf die Art seiner Vorbildung der Aufstieg in höhere Stellen frei.

14. Dieser **Aufstieg** ist durch systematischen Aufbau der Besoldungsordnung — gemeinsame Aufrückungsklassen der unteren mit den Anstellungsklassen der nächst höheren Laufbahn — und durch grundsätzlich gleiche Organisation der Beamten- und Gehaltsklassen in den Lokal-, Provinzial- und Zentralbehörden zu ermöglichen.

15. Demgemäß werden — neben der besonderen Gruppe für Einzelgehälter — **13 Besoldungsgruppen** (statt bisher 179) gebildet.

16. **Weibliche Beamte** sind bei Erfüllung derselben Voraussetzungen und bei gleichen Anforderungen, Fähigkeiten und Leistungen in dieselbe Gehaltsgruppe wie die männlichen Beamten andernfalls in die ihren Leistungen usw. entsprechende Gehaltsgruppe einzureihen. Verheirateten weiblichen Beamten werden Orts-, Teuerungs- und Kinderzuschläge nur gewährt, wenn der Ehemann außerstande ist, die Familie zu unterhalten, und wenn die Ehefrau den Unterhalt der Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Diensteinkommen bestreitet.

Die Vorschläge für die Besoldungssätze.

Grundgehalt.

Anfangsgehalt: ⅔ des Höchstgehalts.
Dienstaltersstufe von 2 zu 2 Jahren.
Aufrückungsfrist in

Gruppe	I—VII	. . .	16 Jahre,
„	VIII—XI	. . .	14 „
„	XII	. . .	12 „
„	XIII	. . .	8 „

Aufsteigende Gehälter.

I.	3200	3500	3800	4000	4200	4400	4600	4700	4800
II.	3500	3800	4100	4400	4600	4800	5000	5100	5200
III.	3800	4100	4400	4700	5000	5200	5400	5600	5700
IV.	4200	4600	5000	5400	5700	6000	6100	6200	6300
V.	4800	5200	5600	6000	6400	6700	7000	7100	7200
VI.	5400	5800	6200	6600	7000	7400	7700	8000	8100
VII.	6000	6500	7000	7400	7800	8200	8600	8800	9000
VIII.	6500	7100	7700	8300	8700	9100	9500	9700	
IX.	7000	7700	8400	8900	9400	9900	10200	10500	
X.	8000	8800	9600	10200	10800	11400	11700	12000	
XI.	8500	9400	10300	10900	11500	12100	12700	13000	
XII.	9500	10500	11500	12300	13100	13800	14500		
XIII.	12000	14000	16000	17200	18000				

Einzelgehälter.

1.	22000 Mk.	4.	33000 Mk.
2.	25000 „	5.	40000 „
3.	30000 „	6.	50000 „

Zum Landesbußtag 1920.

Die „Sächs. Evangel. Korresp." versendet folgende Bußtags-Betrachtung:

Vielleicht zum letztenmal werden wir in diesem Jahre einen besonderen Wochenfeiertag im Frühjahr als Landesbußtag begehen. Was „zum letzten Male" gesprochen, gebessert, verhütet werden kann, trägt einen gewaltigen Ernst. Aus den Aufrufen der Regierung an die Bevölkerung klingt der Ton unverkennbar hindurch, daß es sich jetzt vielleicht um die letzte Möglichkeit handelt, dem sicheren Zusammenbruch zu entgehen, wenn man endlich von den wahnsinnigen Streiks und den Aufreizungen gegen die Staatsgewalt ablasse. Erschütternd ists, wie bei allem guten Willen zu helfen in breiten Schichten, und besonders bei unseren Regierungen, noch der Wahn besteht, mit Verordnungen und Gesetzen helfen zu können; der unglückliche Wahn, als ob mit wirtschaftlichen Reformen allein der Geist des Aufruhrs gebannt werden könnte. Unsere Zeit zeigt es einem verblendeten Volk jetzt, wo unsere Lebensmittel erschreckend zur Neige gehen, daß wir doch noch andere Kräfte brauchen als die eines

Der Uebergang unserer Staatsbahnen am 31. März d. J. beschlossene Sache.

Zwei Milliarden Mark für die sächsischen Eisenbahnen.

fs Dresden, 28. Februar.

Die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Einzelstaaten u. dem Reich über den Uebergang der Eisenbahn auf das Reich haben, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, am Freitag zu einem Abschluß geführt, daß nunmehr mit Bestimmtheit damit gerechnet werden kann, daß die Eisenbahnen der Einzelstaaten am 1. April dieses Jahres in die Verwaltung des Reiches übergehen. Sachsen wird für seine Eisenbahn den Betrag von rund zwei Milliarden Mark erhalten. Das eigentliche Anlagekapital der Eisenbahnen Sachsens, das auf 1⅓ Milliarde festgestellt ist, wird damit überschritten. Es ist dabei aber zu berücksichtigen, daß der Geldwert in der Zeit seit der Anlage der Eisenbahnen erheblich gesunken ist. Die Hauptaufgabe der Verhandlungen war die, dafür zu sorgen, daß beim Ankauf der Eisenbahn durch das Reich keiner der Einzelstaaten im Verhältnis mehr erhält als der andere. Das ist auch gelungen. Eine vollkommene Neuorganisation der Eisenbahn zu schaffen, war bis zum 1. April dieses Jahres nicht möglich. Man hat sich also einstweilen mit einer Uebergangsorganisation begnügen müssen. Danach wird die Eisenbahnabteilung des sächsischen Finanzministeriums zunächst noch bestehen bleiben, aber als Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums, und wird allmählich abgebaut werden. Die Rechte des Personals sind in vollem Umfange wahrgenommen. Die Verträge zwischen dem Reich und den Einzelstaaten sind ausgearbeitet und befinden sich augenblicklich in der Redaktions-Kommission, die am Montag die Arbeiten beendet hat. Die Verträge gehen dann den Regierungen der Einzelstaaten zu, die sie ihren Vertretern vorlegen werden. Nach der Stimmung, die in den einzelnen Staaten herrscht, ist nicht zu erwarten, daß von irgend einer Seite Schwierigkeiten gemacht werden.

*

Dresden oder Leipzig.

Dresdens Zukunft gefährdet?

Der Dresdner Verkehrsverein hielt in Gegenwart von Vertretern von Industrie, Handel, Kunst und Wissenschaft eine sehr bedeutsame Beratung ab, um Mittel und Wege zur Wiederbelebung des einstmals so hervorragenden Fremdenverkehrs Dresdens zu finden. Der verdienstvolle Vorsitzende des Dresdner Verkehrsvereins Hofrat Behrens wies darauf hin, daß es der ganzen Tatkraft der Bevölkerung bedürfe, um Dresden seinen Charakter als kulturellen und wirtschaftlichen Mittelpunkt zu wahren. Jeder Ausblick in die Zukunft sei durch den Friedensschluß und seine Folgeerscheinungen verdunkelt worden. Während Leipzig infolge der erhöhten Bedeutung der Messe gar nicht gelitten, in Gegenwart gewonnen habe, München nach wie vor die Hauptstadt von Süddeutschland bleibe, habe Dresden infolge der Revolution eine gesellschaftliche und kulturelle Einbuße erlitten. Beachtenswerte Anregungen, Dresden zu einem wissenschaftlichen Zentrum mittels Ausbaues der Technischen Hochschule durch Angliederung weiterer Forschungsinstitute zu gestalten, gab Geh. Rat Professor Cornelius Gurlitt. Er machte darauf aufmerksam, daß Dresden in der Technik eine führende Stellung einnehme. Man solle in Dresden eine technische Universität ins Leben rufen.

Der Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller Dr. März, behandelte das Gebiet der wirtschaftlichen Fragen. Durch die Ausschaltung des Ostens werde Sachsen und insbesondere Dresden empfindlich berührt. Die neuen östlichen Randstaaten, der selbständige Polenstaat und der Zerfall Oesterreich-Ungarns würden wirtschaftliche Folgen, über deren Tragweite sich heute die wenigsten vollkommen klar seien, bringen. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, der einmal kommen werde, und an sich auch nur zu begrüßen sei, werde zur Folge haben, daß der Hauptverkehrsweg von Berlin nach Wien, um den Zollschwierigkeiten mit der Tschechoslowakei zu entgehen, nicht mehr über Dresden—Prag, sondern über Leipzig—München gehen werde. Weiter sei zu bedenken, daß der Plan eines Elbe-Oder-Donau-Kanals so gut wie unerfüllbar geworden sei. Eine um so größere Bedeutung habe dagegen das Projekt einer Rhein—Donau-Verbindung gewonnen. Auch dadurch werde das wirtschaftliche Schwergewicht mehr nach dem Westen verlegt und Leipzig ganz von selbst in den Mittelpunkt gerückt. Leipzig habe Dresden schon heute wirtschaftlich überflügelt und werde durch die Verreichung der Eisenbahnen verkehrstechnisch noch mehr gewinnen. Auch von den verfassungsrechtlichen Veränderungen hänge viel ab. Es werde darauf ankommen, wie groß der Einfluß Sachsens im Reiche sein wird.

Bankdirektor Stadtrat Dr. Krüger bekundete, daß die Stadtverwaltung noch nicht den Mut verloren habe. — In wirtschaftlicher Beziehung sei noch viel zu machen, zumal Dresden ganz hervorragende Industriezweige besitze. Die Stadt plane den Bau von Flutrinnen und Industriebahnen. Förderung des Ausstellungswesens und Wiederaufnahme der Universitätspläne seien notwendig. — Eisenbahnpräsident Dr. Mettig verspricht sich insbesondere viel von dem Verkehr mit der Tschechoslowakei infolge der ausgezeichneten geographischen Lage Dresdens. Dresden müßte aber auch infolge seiner Lage am Elbstrom schon längst ein Zentrum des Umschlagverkehrs sein. Die bevorstehende Verteuerung des Eisenbahnverkehrs werde für Dresden von unheilvollem Einfluß sein. — Schließlich wurde ein Ausschuß gewählt, der alle diese angeschnittenen Fragen prüfen soll. Ihr gehören an Stadtbaurat Poelzig, Opern-Direktor Scheidemantel, Professor Dr. Gurlitt, Geheimrat Dr. Gußmann, Prof. Schumann, Professor Seyfarth, Ministerialdirektor Dr. Schmitt und Kaufmann Dobst.

*

Oberbürgermeister Blüher über die Dresdner Fragen.

)(Dresden. Bei der gestern nachmittag im Neuen Rathause stattgehabten Pressebesprechung wurden vom Oberbürgermeister Blüher über verschiedene, insbesondere Dresden berührende Fragen, u. a. folgende Ausführungen gemacht. Eine Entscheidung darüber, ob die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von Berlin-Wilmersdorf nach Dresden verlegt wird, ist noch nicht gefallen. Die größte Schwierigkeit bietet die Wohnungsbeschaffung, da hierbei 1200 Familien und ebensoviel unverheiratete Personen inbetracht kommen. Da aber mit einer Verlegung der Anstalt nicht vor Herbst 1924 gerechnet zu werden brauche, weil vor diesem Zeitpunkte der erforderliche Neubau für diese Anstalt nicht fertiggestellt werden könnte, so würde wohl auch bis dahin eine Lösung der Wohnungsfrage gefunden werden können. Bedenken äußerte der Redner gegen die Aufnahme Wiener Kinder in Dresdner Familien, da es ihm angesichts der schlechten Ernährung heimischer, insbesondere erzgebirgischer Kinder nicht gerechtfertigt erscheint, sich in dieser Weise der Pflege fremder Kinder zu widmen. Von Seiten der Stadt können daher diese Bestrebungen aus dem genannten Grunde keine Unterstützung finden. — Der Bau eines Hygienemuseums, so wünschenswert er auch sei, könne gegenwärtig noch nicht in Aussicht genommen werden. Dagegen sei beabsichtigt, in der Reithalle des Marstallgebäudes die Ausstellung „Der Mensch" als ständige Ausstellung einzurichten, deren Eröffnung im Herbst dieses Jahres erfolgen solle. Als eine dringende Notwendigkeit wurde der Ausbau der Technischen Hochschule, insbesondere die Erweiterung der chemischen Abteilung anerkannt. Ueber die Verlegung der Forstakademie Tharandt nach Dresden und ihre Angliederung an die Technische Hochschule äußerte sich der Oberbürgermeister nicht gerade optimistisch, da hierüber selbst an maßgebenden Stellen geteilte Meinungen vorherrschen. Während das Wirtschafts- und Kultusministerium einer Verlegung nach Leipzig zuneigen, geben die Professoren der Akademie mit Rücksicht auf die technischen Wissenschaften einer Verlegung nach Dresden den Vorzug. Was die schwierige Lage der Zigaretteninduſtrie betrifft, die für Dresden eine so große Bedeutung habe, so werde sie gerade vom Rat der Stadt vollauf gewürdigt und die Ausgleichsbestrebungen der sächsischen Regierung in dieser Sache würden von ihm in jeder Weise unterstützt. Zum Schlusse wurde noch mitgeteilt, daß das städtische Ausstellungsgebäude, das seit Jahren zu Lazarettzwecken usw. diente, gestern der Stadt wieder freigegeben und seinen ursprünglichen Zwecken zugeführt werden wird, was jedoch infolge der umfangreichen Reparaturarbeiten und Neubauten nicht vor Ende des Jahres erfolgen kann.

---

sozialistischen und materialistischen Weltanschauung, um nicht zu verderben, wenn uns Nahrung und Kleidung, Produktionsmittel und Kredit bis zum Letzten geschmälert werden. Wir rufen heute nach den alten Volkstugenden: der Arbeitsfreudigkeit, der Zufriedenheit, der Einfachheit, der Einigkeit. Aber die Kräfte, die wir brauchen uns aus dem Elend zu retten, lassen sich nicht mit Reden und Verordnungen aus der Erde stampfen. Es ist ein Verhängnis, daß man die Geister, die man ehedem rief, nun nicht los werden kann: die Geister der Unzufriedenheit, der Genußgier, der Autoritätslosigkeit, des Aufruhrs. Aber noch furchtbarer ist die Verblendung, in der unser Volk die eine göttliche Hand, die allein helfen kann, niederschlägt, in der man den einen Quell, der noch nicht versiegt ist und nicht versiegen kann, zur Gesundung unseres Volkes, nicht sehen will, oder gar für unser krankes Volk verdeckt und verschüttet. Darum ist der Landesbußtag ein vaterländischer Gedenktag, der uns zum Vergleiche zwingt von einst und jetzt, der uns erinnert an den, der unsern Vätern in ihren schweren Nöten geholfen hat. Ist es nicht genug, daß unser Volk sein Ansehen eingebüßt hat unter den Völkern und zu einem Sklavenvolk erniedrigt worden ist von unsern Feinden? Soll ihm in der Nacht sittlicher Verwirrung und wirtschaftlicher Schrecken noch das letzte Licht, das tröstende, ewige, aufrichtende, wegweisende Licht des religiösen Glaubens ausgelöscht werden? Was haben wir unseren Feinden schon ausliefern müssen von dem früheren Bestand deutscher Macht und Wohlfahrt; ein Stück unseres deutschen Landes nach dem anderen rissen sie uns weg. Unsere tapferen Heerführer, und damit die Ehre des deutschen Namens, sollen wir ihnen ausliefern. Und nun noch das Letzte und Beste, der einzige Halt und die letzte Waffe, die uns geblieben sind, unsere christliche Religion? Nein, wie könnt ich Dein vergessen! Meinen Jesum laß ich nicht! So soll's am Landesbußtag einmütig aus den Herzen unseres christlichen Sachsenvolkes klingen. In der Zeit völliger Ratlosigkeit wollen wir uns nicht betäuben lassen mit schönen Worten, sondern zu dem kommen, der allein geben und helfen kann, zu dem Herrn. Wollen wieder anfangen mit den ersten Werken, durch die unser Volk ein christliches, gesittetes, gesegnetes Volk geworden ist. Wir alle gehören zur Wiedergutmachungskommission und müssen einsehen bei uns selbst, unser Herz und Leben zu ändern, unsere große Schuld uns vergeben zu lassen, und versöhnen zu lassen mit dem lebendigen Gott! Aber dann dem christlichen Haus und der christlichen Schule und der christlichen Kirche die Bahn freimachen für unser Volk. Mag unsere Geldvaluta im Ausland noch so tief gesunken sein, unser Adel von den Vätern her, unsere Gottesfurcht, unser Gottvertrauen sollen ihren Wert und ihre Kraft nicht verlieren! Darum ruft der (letzte) Landesbußtag unser ganzes Volk auf, daß es sein Bestes und Letztes nicht drangibt. Und wenn sie uns diesen Tag als öffentlichen Landesfeiertag nehmen, so soll der 25. Februar 1920 eine Säule bleiben in der Zeiten Wechsel, an die unser Volk durch seine Getreuen das Bekenntnis geschrieben hat: Wir lassen dich nicht, du segnest uns denn; ein Gedenkstein, der über die Fluten der Not hinausragt, zum Zeichen und Zeugnis für die fernsten Geschlechter: Meine Gnade soll nicht von dir weichen, und der Bund meines Friedens soll nicht hinfallen! spricht der Herr, dein Erbarmer.

G. Fuchs.

Modenhaus
Gebr. Riedel
Ecke Goethe- und Schützenstraße.

Täglich
Eingang von Neuheiten
in Damen- und Kinder-
Konfektion
Jackenkleider
Mäntel
in Wolle und Seide (imprägniert)
Kostümröcke
Blusen
Kinder-Mäntel

Ein Mitteilung der vielen Druckverbindungen sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen

999 mal donnerndes Hoch dem Jugv.-V. zu Gröba zu seinem 22. Wiegenfest, daß Alfred mit l. M. vor Freude zappelt.

Hund entlaufen, braun m. schw. Rücken, vor Ankauf wird gewarnt. N. Angab. gegen Beloh. Mathildenstraße 2, 2. r.

Verloren silbernes Gliederarmband mit geschliffenem Edelstein Sonntag vorm. am Glaubitzer Gutsteich — Weg Nünchritz—Sagerit. Ehrl. Finder hohe Belohnung zugesichert. Frau Dr. Herrschel, Rittergut Glaubitz.

Goldene Kette mit Medaillon verloren. Geg. gute Belohnung abzg. im Tageblatt Riesa.

Verloren w. Gl.-Handschuh, re. Hand, Sonnabend vormittag vor A. Albrecht, Wettinerstraße. Gegen entspr. Bel. abzugeb. Carolastraße 20.

Futteral mit Klemmer verl. Gegen Belohnung abzugeben Poppitzer Str. 25 (Laden).

Anständiger Herr (Beamter) sucht eins. **möbl. Zimmer** für 1. März evtl. mit Mittagstisch. Gefällige Angebote an Georg Schuster, Gröba-Riesa, Weststr. 2, 3. erbeten.

Möbl. Zimmer gesucht. Offerten unter G P 4568 an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer von jungem Herrn, möglichst in Nähe des Gröbaer Hafens für 1. März gesucht. Angebote unter B F 4577a an das Tageblatt Riesa.

Reichsbankbeamter sucht zum 1. März **möbl. Zimmer** möglichst mit voller Verpflegung. Wohn- u. Schlafzimmer erwünscht. Angebote mit Preis unter T O 4569 an das Tageblatt Riesa.

Lehrer kann 1. 4. **Wohn- und Schlafz.** erhalten. Offerten unter Y O 4574 an das Tgbl. Riesa erbeten.

Gut möbl. Zimmer ist ab 1. 3. an besseren Herrn zu vermieten. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Wer bar Geld braucht als Darlehen od. Betriebskapital spez. für Neugründungen geg. bequeme Ratenrückzahlungen wende sich vertrauensvoll an P. Lindner, Chemnitz, Augustusburger Str. 19. Tel. 8034.*

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herren, wenn auch ohne Verm. erhalt. sofort Auskunft durch „Union" Berlin, Postamt 37.

Landwirt, 35 Jahre, 30 Acker, sucht passende **Heirat** (ev. Einheirat). Off. m. Vermögensangabe u. Z O 4575a an das Tgbl. Riesa erbeten.

Jg. Mann, bei der Bahn arbeitend, wünscht sich zu **verheiraten.** Kriegerswitwe bevorzugt. Aufrichtige Ang. u. W O 4572 an das Tageblatt Riesa.

Laufmädchen oder Laufjunge gesucht Mathildenstr. 3, pt. r.

Aufwartung für früh ½7—½9 Uhr für 6. April gesucht. Alma Eisenreich, Kaiser-Franz-Joseph-Str. 4.

Suche Stellung als Aufwartung z. 1. 3. für ganzen Tag oder nur für nachm. Offerten unter X N 4573 an das Tageblatt Riesa.

Frau oder Mädchen für einige Stunden des Vormittags als Aufwartung gesucht. Zu erfr. i. Tgbl. Riesa.

12j. Schulmädchen sucht **Aufwartung** i. Gröba. Gröba, Oststr. 17, p. r.

Aufwartung gesucht für ganzen Tag. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Größeres Schulmädchen f. einige Nachmittagsstd. ges. Hauptstr. 68, Putzgeschäft.

Ostermädchen, welches zu Hause schlafen kann, wird gesucht. Gröba, Oschatzer Straße 55, 2. l.

Ehrliches, williges **Mädchen** in angenehme Stellung nach Leipzig gesucht. Näheres Albertstraße 3, 3. r.

Ein besseres, nicht zu junges, gewandtes **Stubenmädchen** nach Oberfrohna bei sehr guter Kost, hohem Lohn und guter Behandlung ges. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ein älteres, gesundes **Dienstmädchen** wird für sofort oder später gesucht. Goethestr. 60, 1.

Suche für 1. oder 15. 3. ein fleißiges, sauberes **Mädchen** für Küche und Haus. Frau Hauptmann Vogel, Riesa, Bismarckstraße 57, 1.

Ein Mädchen im Alter v. 16—20 Jahren, das landwirtschaftliche Arbeiten versteht, gesucht per 1. März oder später. Gute Kost und Behandlung. Fed. Thomas, Gutsbes., Mautitz.

Zuverlässiges **Hausmädchen** zu baldigem Antritt gesucht. Gröba, Altrochstr. 35, 1.

Stellung erhalten für 1. März 8 Hausmädchen sowie eine große Anzahl Feld- u. Stallmägde, Obermädchen und Oberjungen. **Arbeitsnachweis des Landeskulturrats** Nebenstelle Zeumatsch, Meißner Str. 20, Telef. 186, Klingenberg.

Junge Zuarbeiterin für Putz gesucht. Offerten unter Y O 4581 an das Tageblatt Riesa.

Wirtschaftsmädchen für 1. oder 15. März sucht Schwarze, Gottewitz.

Wirtschafterin, die landwirtschaftlichem bess. Herrenhause selbständig längere Zeit vorstand, volle tatkräftige Befähigung z. musterhaften Führung der Küche, sowie des gesamten besseren Haushaltes und vertrauenhaften Vertretung der Hausfrau hat, sucht sofort wieder Stellung. Beste Zeugnisse zur Verfügung. Angebot: Ella Wolf, Fleischerei, Gersdorf 55, Bez. Chemnitz.

Aelt. Frl. sucht Stellung bei älterem Herrn als **Wirtschafterin** ab 1. od. 15. April. Off. u. L M 42 postl. Oschatz erb.

Junge gew. Frau sucht Beschäftigung im Bedienen. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Suche für meine Tochter, welche Ostern die Schule verläßt, Stellung als **Hausmädchen** bei besserer Herrschaft. Off. u. M K 15 postl. Oschatz erb.

Stellungs-Gesuch. Suche für meine Tochter, die Ostern die Handelsschule Dresden verläßt, Stellung in einem kaufmännischen **Kontor,** wo ihr Gelegenheit geboten wird, sich gut und weiter auszubilden. Angebote unter G K 4457a an das Tgbl. Riesa erbeten.

Eine geschickte **Hausschneiderin** für Anfang März sucht bei voll. Verpflegung Frau Oberingenieur Schulz, K.-Wilh.-Platz 11, 2, Hoteleingang.

Ordentliches, kinderlieb.
Mädchen
von 16—17 Jahren wird als 2. Hausmädmädchen gesucht. Zu erfragen im Tgbl. Riesa.

Musiker-Lehrlinge
stellt Ostern ein
Stadtkapelle Waldheim.

Schreber-Garten
mit Hühnern zu verkaufen
Kaiser-Franz-Jos.-Str. 7, p.

Kleine
Läuferschweine
stehen zu verkaufen
Woldemar Tamm,
Goethestraße 71.

Ein Paar starke bayrische
Zug-ochsen
in bestem Zustande sind zu verkaufen
Mergendorf Nr. 13.

Gebr. guterh. Damenrad
mit Gummibereifung billig zu verkaufen. Anzusehen Mittwoch v. 10—12 Uhr in Oelsitz Nr. 7, 1. r.

Guterhaltenes Herren- sowie Damenfahrrad
mit bestem Gummi verkauft
Gröba, Strehlaer Str. 3, 2. r.

Einige Rohrstühle
zu verkaufen
Gröba, Kirchstr. 13, 2. l.

1 besseres Büfett
preiswert zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Neues Klubsofa
braun, Leder (imit.), Plüschsofa, Bettst. m. Matr. (gebr.), gr. Bild, 110×135 cm, zu verkaufen
Gröba, Strehlaer Str. 47, 1.

Aelteres Sofa billig zu verkaufen Schloßstr. 15, p. r.

Echt Messing-Gaszuglampe sehr guterhalten, zu verk.
Poppitzer Str. 21a, p.

Wenig gebrauchtes **Teschin**
mit Kugel-, Schrotlauf nebst Munition verkauft
O. Müller, Alt-Oleschstein 1.

Eis. Gartenzaun,
13,20 m lang, 1,30 m hoch, einschl. groß. Tor, zu verk.
R. Hennig, Poppitzer Str. 15.

Ein neuer Herrenanzug, engl. Muster (Friedensware) 1 Paar Herrenschnürschuhe, neu, Größe 43, 2 Militärmützen z. k. Zu erfr. Tgbl. Riesa.

Cutaway oder Gehrockanzug
für 19jährigen Mann zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe u. F P 4581 an das Tageblatt Riesa.

Gehrockanzug
Größe 176, zu kaufen gesucht. Angeb. unt. U 0 4570 an das Tageblatt Riesa.

1 Herren-Anzug,
1 Herren-Ulster, neu,
1 Schwitzer,
1 Paar Militär-Halbstiefel,
1 Paar Damenschäfte für Stiefeletten, 1 Fernglas,
1 Vervielfältigungsapparat
1 Reitsattel, 1 großer, zerlegbarer Kleiderschrank
preiswert zu verkaufen
Hauptstraße 63, 1.

Ulster
m. Rieg., Quetsch., aufgef. Tasch. zu verkaufen
Kais.-Wilh.-Platz 2c, 1.

Ein P. Damenschnürstiefel,
einmal getr., Größe 37, Pr. 175 Mark, zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Ein Paar sehr gute lange
Gummi-Stiefel,
Nr. 30, sind billig zu verk.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Ein Paar guterhaltene
Langschäfter,
Größe 28, zu verkaufen
Gröba, Rosenstr. 10, 1.

1 Paar neue Stiefel,
Größe 29, sind zu verkaufen
Standtfestr. 7, 1. r.

Neue Konfirmanden-Stiefel (Kn.), Größe 36, zu verk.
Gröba, Schulstr. 10, 2. l.

Tadellose hohe Knöpfschuhe Gr. 36, f. 85 Mk., und eine Büste m. Ständer f. Schneiderin billig zu verk.
Zu erfr. im Tagbl. Riesa.

Für die vielen Glückwünsche und schönen Geschenke, die uns an unserem Hochzeitstage zuteil wurden, sagen wir allen hierdurch herzlichsten Dank.
Max Baldauf und Frau
Hulda geb. Bode, Heyda
Wilhelm Schulze und Frau
Martha geb. Bode, Staucha.

Für die uns anläßlich unserer Verlobung dargebrachten zahlreichen Geschenke und Gratulationen sagen wir nur hierdurch allen unsern herzlichsten Dank.
Weida-Kleinthiemig.
Lina Kühne, Reinhold Lehmann.

Achtung.

Für Zigarren-, Kolonialwarengeschäfte, Hotels, Weinstuben, Cafés empfehle ich:
Reklame-Zigarrenspitzen, Paketträger, Zahnstocher und Papp-Zigarrenetuis
sowie Wunder-Zigarren, Zigaretten, Zigarillos
mit Bonbonfüllung
Sortimentkasten A 150 Stück sortiert
B 300 „ „
Anfragen erbeten an
O. König, Generalvertreter der 1. Königseer Zigarrenspitzen-Fabrik
Riesa, Bismarckstr. 11, 1. r.

Zigaretten, Deutsche Englische
für Händler und Gastwirte liefert
„Flüde", Tabakwaren-Großhandlung, Leipzig, Katharinenstr. 17.

Bruchleidende
bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage u. Größe des Bruchleidens selbst verstellbares
Universal-Bruchband
tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.
Meine Spez.-Vertr. für separate {Herrenbedienung / Damenbedienung} sind am
Freitag, den 27. 2., morgens von 9 bis 3 Uhr in Riesa, Hotel Sächsischer Hof, am Bahnhof
sowie am Donnerstag, den 26. 2., morgens von 9 bis 3 Uhr in Coswig i. Sa., Bahnhof-Hotel
und am Sonnabend, den 28. 2., morgens von 8 bis 2 Uhr in Elsterwerda, Hotel Preußischer Hof
mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Federbänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib- und Muttervorfall-Binden, wie auch Geradehalter, Krampfadersträmpfe u. Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben fachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung.
Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädiefabrikation
Konstanz in Baden, Wessenbergstr. 17, Telephon 515.

Altes Bruchsilber zum Einschmelzen
Kupfer, Silber in Barren, Messing, Zinn, Zink, Blei, Gummi-Abfälle, Celluloid-Abfälle, Chemikalien / kauft
Heise & Schnorr, Leipzig
Telefon 12797 Ranstädter Steinweg 6 Telegr. Edelmetalle

Alte Geigen und Cellis
kauft zu höchsten Preisen
Reinhard Voigt, Musikinstrumentenhandlung
Markneukirchen Sa., Breitenfelderstr. 110.
Telefon Nr. 107.

Brikett-Ausgabe
Riesa-Land
Donnerstag, den 26. Februar, von früh 7 bis 11 Uhr mittags auf die Oktobermarken Nr. 1—75.
C. F. Förster.

Alte eingeführte Versicherungs-Akt.-Ges. sucht zwecks Erweiterung ihrer Organisation für die Amtshauptmannschaft mehrere tüchtige, kautionsfähige
Haupt-Vertreter
mit guten Beziehungen. Größerer Versicherungsbestand kann zugesichert werden. Berufsmäßige Werbetätigkeit ist Bedingung und zwar in den Hauptbranchen Leben, Unfall, Haftpflicht und Feuer. Gefl. Anerbieten unter D. V. 642 an Rudolf Mosse, Dresden.

Sportliegewagen
mit Plane zu kaufen gesucht. Gefl. Anerbieten unt. C P 4578 an das Tageblatt Riesa.

Verkaufe veränderungshalber 2Federtafelwagen bis 30 u. 35 Ztr. Tragkraft, Patentachsen, sowie einen Korbwagen mit neuem Geflecht, groß. und kleinem Sitz. Näheres
Walzenmühle Zeitbain.

Schreibmaschine,
auch defekt, zu kaufen gesucht. Offerten m. Preis u. System nach Dresden-A., Kaulbachstraße 31, 2. l.

Ein guterhaltener
Kinderwagen
zu kaufen eventl. dieses Jahr in gute Hände zu leihen gesucht. Adressen u. A P 4576a an das Tagbl. Riesa erbeten.

Gebrauchter, guterhaltener
Kinderwagen
zu kaufen gesucht.
Offerten unter E P 4580 an das Tageblatt Riesa.

Guterhaltener
Kinder- od. Sportliegewagen
zu kaufen gesucht.
Off. m. Preis u. D P 4579 an das Tageblatt Riesa.

Theater im „Stern".
Direktion: Lina verw. Richter.

Bußtag Morgen Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr: **Bußtag**

Ueber die Liebe die Pflicht
Schauspiel in 4 Akten von Benedix.
Vorverkauf im Zigarrengeschäft Schreckenbach:
Sperrsitz 2.75 M., 1. Platz 1.75 M., Galerie 75 Pfg.
An der Abendkasse 25 Pfg. Aufschlag.
Nachmittag 4 Uhr Kindervorstellung:
Der Rattenfänger von Hameln.
Historische Begebenheit nach der Chronik der Stadt Hameln.
Preise: 75, 50 und 30 Pfge., Erwachsene das Doppelte.

Hotel Stern, Riesa.
Donnerstag, den 26. Februar, 7½ Uhr Operetten-Gastspiel Dresdner Residenzbühne (Haupt-Flechsig-Theater).
Mitwirkung: Die Reichswehrkapelle.
Hier zum 1. Male die überall bejubelte Operette
Hanni geht tanzen.
Alt-Wiener Operette in 3 Akten von Robert Bodanski.
Musik von Edmund Eysler.
Vorverkauf bei R. Abendroth (Tel. 138) u. E. Wittig (Tel. 445): Sperrsitz 4.— M., 1. Platz 3.— M., 2. Platz 2.— M., Galerie 1.25 M. Abendkasse Zuschlag.
Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung:
Im Wunderland der Zwerge, Märchen in 4 Akten.
Preise: Sperrsitz 1.50 M., 1. Platz 1.— M., 2. Platz —.80 M., Saal und Galerie —.50 M.

Konditorei und Café Wolf
Fernspr. 135 — Pausitzer Str. 11
empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten.
Div. Gebäck — ff. Bohnenkaffee — Schokolade Kakao — Echte Biere — Weine erster Firmen.
Neu! Poppers Kunstspiel-Piano! Neu!
Neueste Schlager!
Um gütigen Zuspruch bittet Franz Wolf.

Röderau.
Oeffentliche Theateraufführung
vom Gewerbeverein Röderau
zum besten des Denkmal-Fonds für gefallene Krieger
am Bußtag, 25. 2., abends ½8 Uhr
im Waldschlößchen.
„Alte Schuld"
Volksstück in 4 Akten von Otto Böttinger.
Karten im Vorverkauf bei Herrn Max Sternkopf zum Preise von 2.— M. und 1.50 M.
Hierzu ladet freundlichst ein der Gewerbeverein.

Gasthof Pausitz.
Freitag, den 27. Februar
Extrakonzert mit Ball
Leitung: Obermusikmeister Kaiser
Anfang pünktlich ½7 Uhr abends.

Gasthof Gohlis.
Freitag, den 27. Februar
Extra-Streichkonzert mit darauffolgendem Ball.
Anfang punkt ½7 Uhr.
Ergebenst ladet ein F. Kunze.

Gasthof „Stadt Riesa", Poppitz
Donnerstag, den 26. Februar
Feiner Wiener Walzerabend.

Rob. Richters
Tanzstunde im Hotel zum Stern
findet nicht Freitag, den 27. Februar, sondern krankheitshalber erst Freitag, den 5. März, statt. Hochachtend
Rob. Richter, Lehrer d. höh. Tanzkunst.

Meine Schank- und Speisewirtschaft ist wieder eröffnet.
Pferdeschlächterei Albert Mehlhorn
Gröba, Kirchstraße 10.

Fußball-Wettkampf
R. S. V. I : F. C. Preussen I, Chemnitz
25. 2. 20. 3 Uhr Schwarzer Platz.

Erhielt Telefonanschluß
No. 727.
Johannes Schließer,
Automobil- und Fahrradhandlung.

Ca. 1000 Zentner guten Stalldünger
in großen und kleinen Posten verkauft
Gustav Dege,
Neuweida.
Telefon Riesa 358.

Die bestellten
Futter-möhren
liegen Donnerstag vorm. 10 Uhr auf hiesigem Güterbahnhof zum Verkauf.
Hotel Kronprinz.

Kluge Frauen
lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. — Nehmen Sie bei **Regelstörung,** Stockung nur meine auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskr. Vers. m. Garantie, vollk. unschädl., andernfalls Geld zur. O. Hansen, Hamburg, Weidenallee 50.

Spülapparate
Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Vorfallbinden, Leibbinden, Monatsgurte u. alle sanitären **Gummiwaren.**
Anfrage erbeten. Damenbedien. durch meine Frau. W. Hensinger, Dresden, Am See 37, nahe Hauptbahnhof.

Frauen
welche mit ihrer Periode im Rückstande sind,
kaufen keine
zwecklosen, minderwertigen
Menstruationsmittel.
Sie erhalten von mir in jedem Falle Rat u. Hilfe. Auskunft kostenlos. Rückporto erbeten.
O. Fickert, Leipzig, Abt. 7, Matthäikirchhof 18.

Frauen
verlangen bei Störung der Periode sofort kostenlos Auskunft. Fraulennig, ärzt. gepr. Masseuse, Cossebaude (Elbe), Graupaer Straße.

Messing 8 Mark Kupfer 12 Mark
z. Einschmelzen zu kaufen ges. B. 10 Kilo w. Porto od. Fahrgeld verglitet. Ritschel, Döbeln, Dresdner Str. 43.

Kainit
sofort ab Lager u. Waggons lieferbar durch
A. G. Hering & Co., Riesa.
Fernspr. Nr. 130. Elbstr. 7.

Einige Stubentüren,
1 alter Aufwaschtisch und 3 große Anrichtetafeln, auch als Bretter verwendbar, billig zu verkaufen
Gröba, Schulstr. 7.

Klavier
evtl. Tafelklavier od. nur kreuzsait. Flügel kaufe und erbitte Angebote mit Preis und Erbauer.
Panz, Dresden-N., Kanonenstr. 56. Tel. 23673.

---

1 Zigarrenpresse
mit Form und Kaninchenställe sind zu verkaufen
Gohlis Nr. 30.

Ein 4teil. Kaninchenstall zu verkaufen
Röderau, Riesaer Str. 13.